Preis: 1 Euro
Ich-bin-sauarm-Preis: 0,50 Euro
Ich-werd-in-ner-Limousine-zu-G20-gefahren-Preis: 100 Euro

Ausgabe 2017.02

REVOLUTION

Internationale kommunistische Jugendorganisation



G20 zerschlagen!

Jugend gegen Rassismus, Armut & Krieg

We are (the) REVOLUTION

Die Zeitung, die du in deinen Händen hältst, wird regelmäßig von einer Gruppe von Jugendlichen herausgebracht. Diese Gruppe nennt sich genau wie die Zeitung - REVOLUTION. Wir sind eine internationale kommunistische Jugendorganisation, die engagierte Jugendliche auf zwei Kontinenten organisiert.

Wir haben ein gemeinsames Programm, das wir uns selbst erarbeitet haben. Wir sind offen für jede Diskussion, aber wir stehen geschlossen hinter unseren Aktionen. Wie unser Name sagt, sind wir für die Revolution, für den Kommunismus. Eine gerechte und befreite Gesellschaft kann nur entstehen, indem der Kapitalismus von denen, die er unterdrückt, zerschlagen wird. Und der Kampf dafür beginnt jetzt, in konkreten Kämpfen, wie im Kampf der Refugees für volle Bürger_Innenrechte oder Seite an Seite mit Arbeiter_Innen aus aller Welt.

Wir haben wöchentliche Ortsgruppentreffen, auf denen wir gemeinsam diskutieren und Aktionen planen. Wir gehen auf Demonstrationen, unterstützen Streiks und bringen Flugblätter und eine Zeitung heraus, um neue Jugendliche und junge Arbeiter_Innen für unsere Ideen zu gewinnen. Wenn du unsere Ideen unterstützt, dann werde aktiv, organisiere dich gemeinsam mit uns!

Auch in deiner Stadt

Berlin | Bonn | Dresden | Frankfurt a.M. | Fulda | Jena | Kassel | Kiel | Leipzig | Oldenburg | Stuttgart

Kontakt

 germany@onesolutionrevolution.de

 /onesolutionrevolution.germany

 onesolutionrevolution.de

Redaktion:

Jaqueline K. Singh, Lars Keller, Leonie Schmid, Frieda Allessandrova, Resa Ludivin, Felix Ruga



DER NAME IST PROGRAMM:

Hier in dieser Zeitung erfährst du nur einige Punkte und Positionen unserer Politik. Sie alle basieren auf unserem Programm, welches unsere heutige Situation mit dem Kampf um eine sozialistische Revolution verbindet. Allen Jugendlichen innerhalb der Sozialdemokratie, sowie in der radikalen Linken, wollen wir mit diesem Programm einen Diskussionsvorschlag bieten für den Aufbau einer tatsächlich revolutionären, unabhängigen Jugendorganisation – einer neuen Jugendinternationale. Wir fordern euch auf, es mit uns zu diskutieren und aktiv in die kommenden Auseinandersetzungen in der Krise zu tragen.

V.i.S.d.P. Annika Paulmichl, Eiergasse 2, Berlin

Geflüchtete in LAGERN

REVOLUTION LEIPZIG

Anfang März diesen Jahres wurden vom ungarischen Parlament neue gesetzliche Bestimmungen zum Umgang mit geflüchteten Menschen beschlossen. Geflüchtete sollen laut diesen Bestimmungen in den zwei Container-Lagern bei Röszke und Tompa – auch als Transitzonen bezeichnet – an der Grenze zu Serbien festgehalten werden. Davon betroffen sind ebenfalls unbegleitete Minderjährige im Alter von 14 bis 18 Jahren.

Diese Lager sind nun der einzige Ort in Ungarn, an dem sich Geflüchtete offiziell aufhalten dürfen und einen Asylantrag stellen können. Pro Tag werden aus den Grenzcamps in Serbien von den ungarischen Behörden maximal 10 Personen in die Zonen gelassen. Die Situation auf der anderen Seite ist also ebenfalls schlimm. Mehrere tausend Menschen auf der Suche nach Asyl sind nun, nach der tagelangen Internierung in den Verwahrungseinrichtungen, unter unmenschlichen Bedingungen in Serbien gestrandet.

Serbien wurde von Ungarn zum sicheren Drittstaat erklärt. Dies ist der nächste Gipfel einer längeren Entwicklung. Schon im September 2015 wurde von Ungarn die Grenze zu Serbien mit Zäunen aus Stacheldraht verstärkt und gleichzeitig auch die beiden Lager eingerichtet. Bisher wurden die Migrant_Innen in Tompa und Röszke allerdings nur registriert und dann in andere, offenere Lager gebracht. Nun müssen sie dort bis Ende des Asylverfahrens bleiben. Wer sich noch in einem anderen Lager befindet oder im Land aufgegriffen wird, soll dorthin verlagert werden. Eine zentrale Forderung sollte deshalb die nach der Bereitstellung von Wohnraum für Geflüchtete, insbesondere von sicherer Unterbringung von Frauen und sexuell Unterdrückten, sein!

Zwar wurden schon früher Menschen direkt an der Grenze mit brutaler Gewalt gezwungen, nach Serbien zurückzukehren. Aktuell steigt die Anzahl von Berichten über Misshandlungen von Geflüchteten durch die ungarische Polizei oder sogenannte „Grenzjäger" allerdings noch weiter an. Um in diese erst seit kurzem existierenden Einheiten mit dem martialischen Namen aufgenommen zu werden, bedarf es nur einer sechsmonatigen Ausbildung, dann darf aktiv beim „Verteidigen" der Grenzen gegen Geflüchtete geholfen werden.

Allein aufgrund des hohen Ausbildungsgehaltes ist dieser Beruf leider für viele ungarische Jugendliche eine attraktive Option. Etwa ein Drittel der Student_Innen in Ungarn wählt die faschistische Jobbik-Partei oder sympathisiert mit ihr, in anderen Teilen der Gesellschaft sieht es nicht besser aus. Auch die rechte Bürgerwehr Magyar Gárda (Ungarische Garde) verzeichnet weiterhin viele neue Unterstützer_Innen, staatlich unterstütze Rechtsrock-Bands wie die Gruppe Kárpátia erfreuen sich großer Beliebtheit. Der Aufbau von organisierter Selbstverteidigung gegen rassistische und faschistische Angriffe auf unterdrückte Minderheiten und fortschrittliche Kräfte sollte deshalb nun eine der Hauptaufgaben der Linken vor Ort sein.

Seit dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten hat Ungarn stark unter der Angliederung an den „Westen" gelitten. Um die damaligen Forderungen des IWF zu erfüllen, wurden extreme Sparmaßnahmen umgesetzt, was unter Anderem dazu führte, dass die Arbeitslosigkeit in die Höhe schoss und beim EU-Eintritt 2004 die Mehrheit aller großen Unternehmen und Banken ausländischen Investoren gehörten.

Nun geht die Selbstabschottung Ungarns weiter. Die Rhetorik der Rechten setzt wie in vielen anderen Staaten auf eine starke Betonung der Abgrenzung: nach außen gegenüber Europa, Brüssel, IWF, den Banken und Investoren, nach innen gegenüber allen, die nicht in das mythisch-nationalistische Bild passen, also Jüd_Innen, Roma, Muslim_Innen und linke Aktivist_Innen und Intellektuelle.

Präsident Orbán bezeichnete die Aufnahme von Geflüchteten in einer öffentlichen Rede zur Vereidigung neuer Grenzjäger-Einheiten als „nationalen Selbstmord". Der Nationalismus in Ungarn wird durch eine von der Regierung geförderte Verklärung der Vergangenheit verstärkt. Die Okkupation durch und Kollaboration mit Nazi-Deutschland wird vergessen, dafür wird sich positiv auf das „goldene Zeitalter Großungarns" bezogen und dieses auch wieder als Option für die Zukunft dargestellt.

Europa als Projekt der imperialistischen Mächte ist in einer Krise. Deutschland versucht weiterhin den europäischen Kontinent politisch und wirtschaftlich zu beherrschen, was allerdings zunehmend schwerer wird. In fast allen Mitgliedsstaaten der EU gibt es eine starke Zunahme von rechtspopulistischen, rassistischen bis offen faschistischen Bewegungen, auf der Straße und in den Parlamenten. Immer mehr Teile der Bourgeoisie bieten nationalistische Lösungen für die Krise an und werden dabei von den Mittelschichten unterstützt. Diese „Lösungen" reichen vom schlichten Austritt aus der EU bis zum Aufruf, diese zu zerstören, und beinhalten wie in Ungarn eine ultra-neoliberale und reaktionäre Sozialpolitik. Die unmenschliche Behandlung von Geflüchteten gehört da natürlich zum Programm und ist nur eine der deutlicheren Ausprägungen der Spaltung der Arbeiter_Innen. Die revolutionäre Linke muss dieser mit einem gemeinsamen Kampf für mehr demokratische und soziale Rechte entgegentreten und zu europaweiten Aktionen gegen Spardiktate und imperialistische Kriege, gegen alle Abschiebungen und für die Rücknahme aller Verschärfungen der Asylgesetze europaweit eintreten.

Für offene Grenzen und gleiche Staatsbürger_Innenrechte für alle Geflüchteten und weg mit der Festung Europa!

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL IN FRANKREICH

STICH(WAHL) IN DEN RÜCKEN DER ARBEITER_INNENKLASSE

ALEX METZGER

Seit Anfang des Jahres war die Wahl des französischen Staatsoberhauptes ein großes Thema in den bürgerlichen Medien. Nach der Stichwahl Ende April gab es laut der Presse „ein Rennen zwischen Gut und Böse". Auf der einen Seite Marine Le Pen (Front Nationale), Rassistin und Gegnerin der EU, auf der anderen Seite Emanuel Macron (En Marche), ein Liberaler, dessen Wahlerfolg zum Großteil darauf basiert, dass er nicht Marine Le Pen ist. Vorab: nicht zum ersten Mal stand ein_E Le Pen zur Stichwahl. Jedoch stand zum ersten Mal eine Front National zur Wahl, die den Wahlkampf nicht ausschließlich am rechten Rand sondern in der bürgerlichen Mitte, welche auf gesamteuropäischer Ebene zusehends nach rechts driftet, geführt hat. Und das mit Erfolg! Zumindest kann so das erschreckende Ergebnis der Stichwahl gewertet werden, bei der eine rassistische, rechtskonservative Populistin 35% der Wählerstimmen in einem Land bekommen hat, dessen Arbeiter_Innenklasse kämpferischer und organisierter ist als die der meisten europäischen Länder.

WIE KONNTE ES SOWEIT KOMMEN?

Im letzten Jahr gab es wie so oft eine Reihe von Streiks in Frankreich. Die Streiks richteten sich gegen die brutalen Angriffe auf die Rechte von Arbeiter_Innen, welche von der französischen sozialdemokratischen Partei (Parti Socialiste) unter Francois Hollande an der Regierung, durchgesetzt werden sollten. Kern dieser Angriffe (auch El-Khomri-Reform genannt) waren die Streichung der 35 Stunden Woche in der Industrie, ohne Lohnausgleich(!), die Aufweichung des Kündigungsschutzes und Lohnverhandlungen an den Gewerkschaften vorbei, direkt mit den Arbeitnehmer_Innen. Alles für die Reduzierung der Kosten für die Ware Arbeitskraft, um die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie wieder herzustellen, natürlich im Interesse der französischen Kapitalist_Innen. Denn die französische Wirtschaft befindet sich in einer Krise. So werden systematisch französische Firmen an ausländische Investor_Innen verkauft, die öffentliche Infrastruktur wie beispielsweise die Autobahnen sind privatisiert und die Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung steigen scheinbar unaufhaltsam an. Beispielsweise liegt der Anteil arbeitsloser Jugendlicher bei 25% (zum Vergleich: in Deutschland ca. 7%). Um Frankreich wieder fit für den internationalen Wettbewerb zu machen, hat also die Sozialdemokratie, welche sich als Führung der Arbeitenden gibt, eine Reihe von Kürzungen durchgewinkt - zu Lasten von Arbeiter_Innen und Jugendlichen. Das reiht sich ein in weitere Schweinereien der Regierung Hollande.

PARTI SOCIALISTE IM ÜBERLEBENSKAMPF

Eineinhalb Jahre schon befindet sich Frankreich im Ausnahmezustand. Seit den Terroranschlägen in Paris im November 2015 können ohne richterliche Beschlüsse Hausarreste, Durchsuchungen, Versammlungsverbote oder Ausgangssperren verhängt werden. Diese einschneidenden Maßnahmen stellen eine massive Einschränkung des Versammlungsrechts dar und werden gleichermaßen gegen Terrorist_Innen wie auch gegen Linke eingesetzt. Nachdem Hollande als Kandidat der PS im Jahre 2012 mit einer knappen Mehrheit von über 52 Prozent aus der Stichwahl gegangen war, schaffte es Benoit Hamon, der Kandidat der PS im Jahre 2017, nicht einmal in die Stichwahl. Trotz seines linken Wahlkampfes voller Versprechungen an die Arbeiter_Innen, welche einen Wandel in der Partei zumindest vortäuschen sollten, konnte er keine Massen davon überzeugen. Im Gegenteil! Mit knappen 7 % versagte der Kandidat der Sozialdemokratie kläglich. Ein Wahlergebnis, welches mit einem Todesstoß für die PS gleichzusetzen ist. Er ist die Folge ihres Konsequenten Verrats an der Klasse. Die harte Kante gegen illegale Flüchtlingscamps und die rigorose Abschiebungspolitik stellen dabei sogar eine deutliche Annäherung der PS ans rechte Lager dar, jedoch konnte hier Marine Le Pen einen deutlich erfolgreicheren Wahlkampf führen.

FRANZÖSISCHER PROTEKTIONISMUS UND HÄRTE ZEIGEN

Als Kandidatin des französischen Mittelstandes will sie den Wähler_Innen ihre Politik als „die Politik des kleinen Mannes" verkaufen. So fordert sie Arbeitsplätze zuerst für Franzos_Innnen, staatliche Aufträge zuerst für französische Firmen und will Zölle für ausländische Produkte einführen. Außerdem möchte sie der EU, von der Frankreich in einem viel geringeren Maß als Deutschland profitiert, weit weniger Rechte gewähren und eigene Wirtschaftsabkommen, beispielsweise mit Russland oder den USA, schließen. Frankreich soll so unabhängiger von der EU unter deutscher Vorherrschaft werden, um die eigene Stellung im globalen Verteilungskampf aber auch die Stellung in der EU gegenüber Deutschland zu stärken. Gleichzeitig inszeniert sie sich als Garant für innere Stabilität und will diese über die Beschränkungen in der Migration und durch die Stärkung der französischen Polizei durchsetzen. Ein Prestigeprojekt soll dabei das „Aufräumen" in den Randbezirken der Großstädte sein. In diesen kommt es immer wieder zu großen und kämpferischen Demonstrationen, gegen Polizeigewalt, gegen Rassismus oder für die Rechte von Arbeiter_Innen. Diese Kampfansage an die Banlieues ist



somit auch eine direkte Kampfansage an die radikale Linke, aber auch an die Migrant_Innen Frankreichs.

EIN LICHTBLICK?

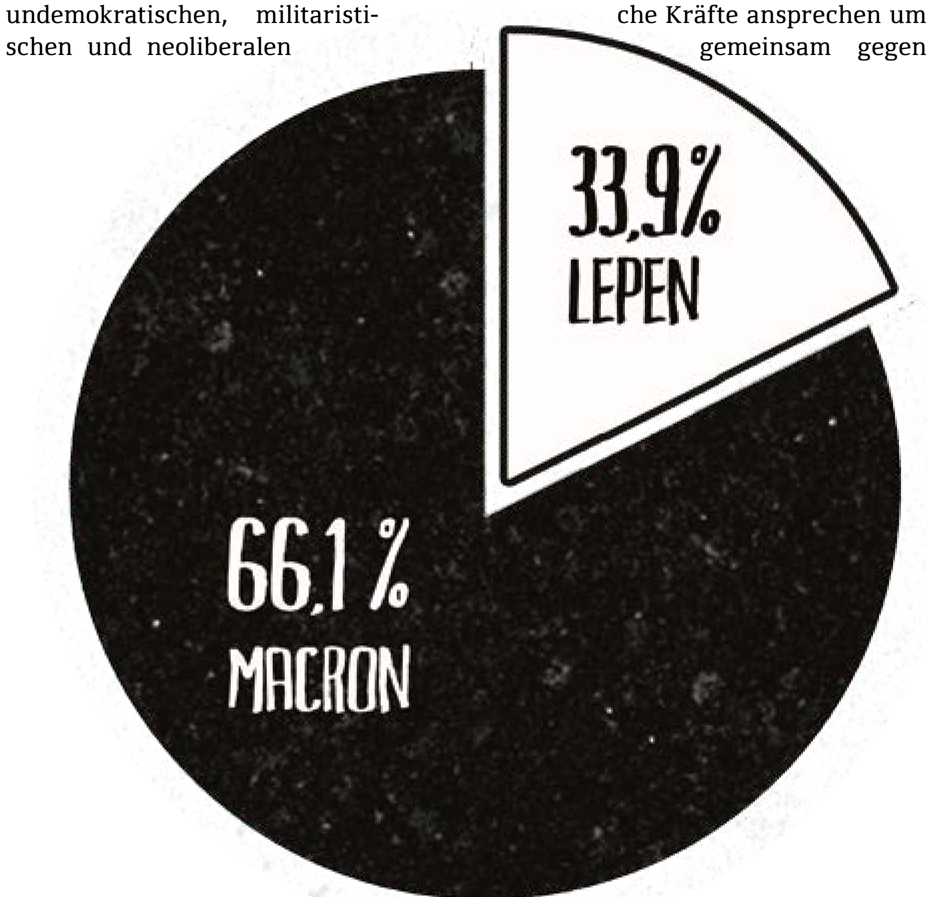
Ihr Gegenspieler, Emmanuel Macron, darf in diesem nicht als Licht im Schatten oder als das kleinere Übel gesehen werden! Natürlich bedient er sich nicht Le Pens rechter Rhetorik oder macht offene Kampfansagen gegenüber Linken. Jedoch wäre es fatal der Politik eines Kandidaten zu trauen, der gleichermaßen eine Fraktion der gespaltenen Kapitalist_Innenklasse zu vertreten versucht. In seinem neoliberalen Programm fordert er, die Unternehmenssteuern zu senken, den französischen Staat abzuspecken und Staatsfirmen an Investor_Innen zu verkaufen, um mit diesem Geld die Wirtschaft anzukurbeln. Macron steht also gewiss nicht auf der Seite der Arbeiter_Innen. Auch sein Anteil an der El-Khomri-Reform, welche ohne parlamentarische Mehrheit per Dekret durchgepeitscht wurde, ist nicht zu unterschätzen. Schließlich war er doch der Wirtschaftsminister der Regierung Hollande.

Auch wird er in Sachen Flüchtlingspolitik, wobei er sich klar für den Abschiebekurs Merkels ausspricht, keine progressiven Forderungen aufstellen. Die Unterstellungen, Macron würde mit seinem Kurs gegen die europäische Sparpolitik einen linken Standpunkt vertreten, verzerren das Bild der Realität weiter. So ist er nicht der erste EU Politiker, der den Sparkurs in Griechenland, Zypern oder weiten Teilen im Osten der EU als absurd und schädlich brandmarkt und ein Investitionsprogramm zur Stärkung der Binnenmärkte fordert.

Selbst zentrale Spieler der EU wie EZB-Chef Marion Draghi, seines Zeichens liberaler Manager, haben diese Forderung schon oft geäußert. Macron ist als Kandidat des europäischen Finanzkapitals einzustufen, der als gleichberechtigter Partner zusammen mit Merkel über die EU regieren möchte. Im Gegensatz zu Le Pen ignoriert er aber nicht die Vorteile, die sich auch für die französische Wirtschaft aus der Kooperation innerhalb der EU ergeben. Ein kleiner Blick auf die Namenslisten der Fördermitglieder der deutsch-französischen Industrie- und Handelskammern genügt, um die unmittelbare Zusammenarbeit beider Nationen nachzuvollziehen.

GEGEN DIE EINHEIT DER DEMOKRAT_INNEN

Ohne Macron politisch zu beurteilen, sprachen sich nahezu alle linken Verbände und Parteien, alle liberalen und alle Konservativen für Macron als Garant der Demokratie und als Garant für die EU aus. Schnell werden die undemokratischen, militaristischen und neoliberalen Aspekte der EU vergessen, wenn man sie verteidigen muss. Wir sagen ganz klar: Nein zur Einheit der Demokrat_Innen, Nein zur neoliberalen EU! Für uns gibt es kein kleineres Übel, denn das Übel ist der Kapitalismus. So positionierten sich leider nur wenige Linke in Frankreich. Positiv ist hier der Präsidentschaftskanditat der NPA (Nouveau Parti Anticapitaliste), Philippe Poutou zu nennen. Allerdings sieht das nicht die gesamte NPA so. So gaben Großteile der Leitung ein Statement heraus, in dem sie sich zwar von Macron distanzierten, aber nicht zum Wahlboykott aufriefen. Auch die fortschrittlichsten Teile der CGT sprachen sich nicht für eine klare Kante gegen den Kapitalismus aus. Sie fordern, so wie auch der linke Populist Melenchon, eine Volksfront gegen Rechts. Diese soll bewusst auch antiliberale bürgerliche Kräfte ansprechen um gemeinsam gegen





den größeren Feind, die Front National zu kämpfen. Diese klassenübergreifende Linke ist aber nichts als ein Hirngespinst, welches schon wegen der grundlegendsten politischen Fragen, wie zum Beispiel der nach offenen Grenzen oder der nach uneingeschränkten Staatsbürger_Innenrechten für alle, zum Scheitern verurteilt ist. Und letztlich keine Politik für die Arbeiter_Innenklasse machen kann oder will.

WAS TUN?

Nur eine Partei mit einem klaren und revolutionären Programm, die die fortschrittlichen Teile der französischen Gesellschaft, Gewerkschaften und Parteien sammelt, kann eine Perspektive für die französische Arbeiter_Innenklasse bieten. Dabei muss bewusst auf die radikalen Teile der CGT und weiteren linken französischen Gewerkschaften, auf die französische kommunistische Partei, auf die verschiedenen Gruppen der Vierten Internationalen, die desillusionierten Teile der französischen Sozialdemokratie und auf die fortschrittlichen Teile der NPA zugegangen werden. Es bedarf eines Bruchs mit der liberalen Politik der Bürokrat_Innen aus Gewerkschaften, PS & Co und dem rechten Flügel der NPA. Denn diese haben schon in der Vergangenheit wie bei den Kämpfen gegen die Arbeitsmarktreformen ihre Basis verraten. Wir müssen den offenen Chauvinismus von Macron, aber auch von Melenchon, an den Pranger stellen und selbst eine revolutionäre Perspektive aufzeigen. Denn die kommenden Jahren werden von Angriffen auf die Rechte und Errungenschaften der Arbeiter_Innen aller Länder geprägt sein, sowie einem weiteren Erstarken des Rassismus. Dabei dürfen wir nicht den Fehler begehen, politische Zugeständnisse an das bürgerliche Lager zu machen! Wir dürfen auch nicht zulassen, dass die Front National es schafft die Situation für sich zu nutzen und mehr und mehr die französische Arbeiter_Innenklasse zu vereinnahmen. Deswegen bedarf es Streiks gegen die neoliberale Politik der EU, die Macron vertritt. Wir müssen die Rücknahme der El-Khomri-Reformen und die Beendigung des Notstandes fordern. Ebenfalls bedarf es eines aktiven Kampfes gegen Rassismus, denn in den letzten Jahren hat sich der Rassismus in Frankreich verstärkt. Speziell der antimuslimische Rassismus und das harte Vorgehen gegen Geflüchtete darf nicht ignoriert werden, sondern muss aktiv mit den Kämpfe gegen die Angriffe auf Arbeiter_Innen und Jugendliche verbunden werden.

Wir müssen mit der Ideologie der Trennung von wirtschaftlichen und politischen Kämpfen brechen. Konkret heißt das: Der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen ist nicht nur reine Gewerkschaftssache, während der Kampf gegen beispielsweise Militarisierung nur von Parteien getragen wird. Es bedarf einer Verbindung der beiden Elemente. Denn letztlich kann nur der politische Generalstreik zusammen mit massenhaften Mobilisierungen der Klasse den Kapitalismus und damit auch seinen parlamentarischen Überbau stürzen und gleichzeitig die Rätedemokratie als Alternative zur bürgerlichen anbieten.

Um das zu erreichen reicht es aber nicht „einfach nur“ die fortschrittlichen Kräfte zu sammeln. Wir müssen unsere Kämpfe an die Orte tragen an denen wir tagtäglich gezwungen werden uns aufzuhalten, also in die Schulen, die Unis und Betriebe. Um das zu erleichtern, wären zentrale Mobilisierungen, die folgende Forderungen aufgreifen ein Schritt in die richtige Richtung:

WIR FORDERN

- **Für die Rücknahme des El-Khomri Gesetzes und für einen flächendeckenden Mindestlohn für Alle! Lasst die Reichen für ihre Krise selber zahlen!**
- **Schluss mit dem Notstandsgesetz, für sofortige Demonstrations- und Bewegungsfreiheit! Kampf gegen den Terror heißt nicht Aufrüstung & mehr Sicherheit, sondern raus mit den Truppen aus anderen Ländern!**
- **Kampf dem Rassismus, ob nun von Le Pen oder dem Staat! Für ein Europa mit offenen Grenzen, Staatsbürger_Innenrechten für Alle und gegen Burkaverbot & Abschiebungen!**
- **Nein zur EU der Bonzen! Schluss mit der Politik im Interesse Weniger, für ein Europa, dass auf die Bedürfnisse der Mehrheit achtet!**

JUGENDUNTERDRÜCKUNG IM BETRIEB: LEHRJAHRE SIND KEINE HERRENJAHRE?

LARS KELLER

Diesen Spruch haben schon viele Azubis, vor allem im technischen und handwerklichen Bereich, von Gesell_Innen und Ausbilder_Innen gehört und sich gefragt: „Was soll das eigentlich heißen?" Die Redewendung kann im extremen Fall auch so übersetzt werden: „Ich bin der Ausbilder, weiß wie es läuft und der Azubi hat zu tun, was ich sage!" Andere Sprüche, die man als Azubi zu hören bekommen kann sind beispielsweise „Saustift" (Azubi im ersten Lehrjahr) oder „Arsch zum Bier holen" (A-zu-Bi). Nun wird das sicherlich nicht immer ernst gemeint sein, aber es nervt doch irgendwie – mal davon abgesehen, dass „Lehrjahre sind keine Herrenjahre" auch ein männlich dominiertes Berufsbild reproduziert. Nun, woher kommen eigentlich solche Sprüche und was bewirken sie?

Meist haben die Ausbilder_Innen diese Sprüche selbst aufgeschnappt und zu hören bekommen, als sie Lehrlinge waren und sie auf der untersten Hierarchiestufe im Betrieb standen und die Drecksarbeit machen mussten oder den Gesell_Innen das Werkzeug nachschleppen mussten. Später dann, als sie ausgelernt hatten und ihnen Azubis unterstellt wurden, hatten diese dann wiederum jemanden, der ihre ätzende Arbeit macht - und so geht der Kreislauf weiter.

Gewiss ist heute vieles besser als noch vor einigen Jahrzehnten, sei es vom Gehalt her oder die Tatsache, dass Azubis heute nicht mehr geschlagen werden, wenn ihnen Fehler unterlaufen. Auch ein Lehrgeld müssen Azubis oder ihre Familie heute für gewöhnlich nicht mehr an den Betrieb entrichten. In großen Konzernen wird zudem einiges für die positive Entwicklung von Jugendlichen getan, sei es durch Seminare für soziale Kompetenz oder die Finanzierung des Führerscheins.

Und dennoch: Sprüche wie die oben aufgezählten, das Abwälzen der notwendigen, einfachen und doch beschwerlichen Arbeit auf den Azubi oder zu sagen, dass die Auszubildenden stets gehorsam zu sein haben - all das reproduziert die Jugendunterdrückung am Arbeitsplatz – vor allem in kleinen Betrieben, wo man als Azubi nicht einfach so die Abteilung wechseln kann.

Dabei spreche eigentlich vieles dafür nach einer gewissen Lehrzeit die Azubis mehr einzubeziehen. In der Berufsschule erlernen sie den aktuellen Stand der Technik, die gültigen Vorschriften und moderne Arbeitsweisen. Bei den Ausbilder_Innen oder Facharbeiter_Innen ist das häufig nicht oder nur teilweise der Fall, je nach dem wie gut sie weitergebildet werden, für Weiterbildung offen sind oder wie weit ihre eigene Ausbildung zurückliegt.

> "SAUSTIFT" (AZUBI IM ERSTEN LEHRJAHR) ODER "ARSCH ZUM BIER HOLEN" (A-ZU-BI)

Aber natürlich ist es so, dass man als Azubi da nur selten den Mund aufmacht und die Facharbeiter_Innen auf Fehler oder so hinweist. Ganz zu Schweigen davon, den Mut aufzubringen und sich darüber zu beschweren, dass Kaffee holen nicht in den Rahmenlehrplan gehört oder dass bloßes Zuschauen nur einen begrenzten Bildungseffekt hat. Und natürlich schaltet man lieber auf Durchzug, wenn der Meister etwas Rassistisches oder Sexistisches von sich gibt, als sich dem entgegenzustellen. Der Grund ist einfach: Wenn wir es uns mit den Facharbeiter_Innen verscherzen, spricht sich das erstens schnell herum und zweitens wird die schwierige Aufgabe, in der Arbeitswelt Fuß zu fassen, noch erschwert, weil man die Gunst der Facharbeiter_Innen oder Ausbilder_Innen verloren hat. Und das, obwohl junge Arbeiter_Innen ohnehin den meisten sozialen Kontakt am Arbeitsplatz erfahren, weil sie dort 40 Stunden in der Woche sind und Freund_Innen daher nicht mehr so oft sehen können, wie noch zur Schulzeit.

Und nun stellt sich aber doch die Frage: Gibt's denn gar keinen Weg, die Jugendunterdrückung im Betrieb zu bekämpfen?

Doch die gibt es. Es gibt zum Beispiel die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV), die Azubis und junge Arbeiter_Innen selbst wählen und die für deren Belange und Rechte bei Betriebsrat und bei den Chefs eintreten sollen. Sie können zum Beispiel die Versetzung in eine andere Abteilung durchsetzten, wenn man als Azubi in seiner aktuellen Abteilung nicht mit den Vorgesetzten oder Meister_Innen klar kommt. Eine andere Möglichkeit ist, sich an seine entsprechende Gewerkschaft, bzw. Gewerkschaftsjugend zu wenden.

Es muss aber gesagt werden, dass Gewerkschaftsbosse und -funktionäre den Chefs der Betriebe zumeist näher stehen als ihrer eigenen Mitgliedschaft. Selbiges gilt für Betriebsräte. Die JAV ist meistens abhängig vom Betriebsrat, bzw. die Jugendgewerkschaft von der Gewerkschaft. Manche in der JAV streben eine Karriere im Betriebsrat an und die Betriebsräte suchen Nachfolger_Innen, die ihre Politik des Betriebsfriedens anstelle von Arbeitskämpfen übernehmen. Und so setzt sich eine Form der Jugendunterdrückung auch da fort, wo Jugendlichen eigentlich geholfen werden sollte, die Unterdrückung loszuwerden.

Abschließend ist festzuhalten, dass ein wirkliches Ende der Jugendunterdrückung im Betrieb im Kapitalismus nicht zu machen ist. Die Chefs setzten auf Spaltung der Arbeiter_Innen und was sie den Facharbeiter_Innen aufhalsen, kriegen Azubis zu spüren. Dem stellen wir die Perspektive des gemeinsamen Kampfes der Azubis und Facharbeiter_Innen entgegen. Die Lehrpläne sollen von Azubis und Facharbeiter_Innen gemeinsam in dafür gewählten Kommissionen entwickelt werden. Zu guter Letzt müssen die Betriebe von Arbeiter_Innen geführt werden und sich nicht im Privatbesitz eines Kapitalisten befinden. Dann gäb's nämlich keine Chefs mehr, über die sich junge wie alte Arbeiter_Innen auskotzen.

Aktionen an unseren SCHULEN:



SASKIA WOLF

Seit Anfang März befindet sich im 1. Stock der Lise-Meitner-Schule eine Ausstellung, die den Namen „Kommunismus in seinem Zeitalter“, trägt. Initiator der Ausstellung ist der Historiker und selbsternannter Ex-Kommunist, Gerd Koenen. Seine Ausstellung geht um die ganze Welt, sie ist in Museen und sozialen Einrichtungen von Berlin über Mountain View (USA) bis Yokohama (Japan) zu finden. Herausgegeben wurde die Ausstellung von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Der Name „Kommunismus in seinem Zeitalter“, ließ Schüler_Innen der Lise-Meitner-Schule und unsere Mitglieder an der Schule genauer hinschauen.

Dabei sind uns folgende Sachen aufgefallen: Koenen dämonisiert den Kommunismus. Er stellt den Stalinismus als Kommunismus dar, wobei dieser nur eine Strömung dessen ist und es auch Strömungen gibt, die eine linke Kritik an der DDR, Stalin und der Sowjetunion haben. Zudem wird die russische Revolution, welche dieses Jahr 100 Jahre gefeiert wird, nur oberflächlich angeschnitten. Auch der Name Marx und sämtliche Theorien nicht erwähnt werden. Kurz gesagt: Koennen setzt sich sehr einseitig mit dem Thema auseinander und blendet den historischen Gegenpart und wichtige Fakten einfach aus. Das passiert in der Schule häufiger und zeigt, dass es sowas wie "objektive" Darstellung nicht gibt, sondern die Meinung der herrschenden Klasse reproduziert wird. Das sehen wir auch in anderen Stellen an der Schule: Beispielsweise werden die Verbrechen, die während der Kolonialzeit an Menschen begangen wurden ausgelassen oder geschönt dargestellt.

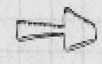
Aus diesem Grund haben sich Schüler_Innen an der Lise-Meitner-Schule zusammen mit unseren Mitgliedern an der Schule dazu entschiedne, eine Gegenausstellung zu erstellen! Ab Mitte Mai beginnt die Ausstellung der Gruppe „Ikarus“. Gestartet wird mit der Theorie des Kommunismus und einer Übersicht dazu gehörigen Theoretiker_Innen. Weiter geht es dann mit der Russischen Revolution bis hin zum Unterschied von Stalinismus und Kommunismus (also warum die DDR oder Kuba kein Kommunismus waren und sind). Daneben haben sich die Schüler_Innen in dem Komittee auch entschieden, weiterhin aktiv zu bleiben und haben sich an der 1. Mai Demonstration zu beteiligt und aktiv an ihrer Schule dafür geworben.

Schaut bei der Ausstellung vorbei und gebt ein Feedback ab, stellt Fragen und auch zur Diskussion würden euch Vorort oder auch wir bei REVOLUTION zur Verfügung stehen. Wir von REVOLUTION freuen uns sehr, über die Aktion und unterstützen diese und auch Aktionen an weiteren Schulen. Wenn auch ihr an eurer Schule eine Aktion starten wollt und nicht wisst wie, dann schreibt uns gerne an wir teilen unsere Erfahrungen gerne mit euch!

WERDE AKTIV!

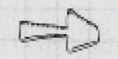
Wir sind eine internationale, unabhängige, kommunistische Jugendorganisation. Konkreter: Wir sind Jugendliche, die sich selber organisieren und aktiv Politik machen. Wir gehen auf Demonstrationen, organisieren Veranstaltungen, diskutieren gemeinsam über das aktuelle Geschehen und versuchen, anhand dessen unsere Politik zu gestalten. Beispielsweise haben wir uns aktiv im Bündnis Jugend gegen Rassismus beteiligt und bundesweit Schulstreiks und Demonstrationen veranstaltet. Kommunist_Innen sind wir, weil wir glauben, dass der Kapitalismus ziemlich viel Scheiße mit sich bringt.

Um aber tatsächlich etwas zu ändern, reicht es nicht, nur zu reden oder Illusionen zu haben, dass man im Parlament was ändern könnte. Wenn wir eine bessere Zukunft haben wollen, müssen wir auch die materielle Basis verändern, also die Art und Weise, wie Dinge produziert werden. Sonst ändert sich nix! International sind wir, weil wir glauben, dass wenn wir den Kapitalismus an seiner Wurzel packen wollen, es eine internationale Organisation braucht. Schließlich gibt‘s den auch weltweit und nur wenn wir weltweit organisiert sind, können wir uns dem Kapitalismus erfolgreich entgegenstellen!



DU HAST BOCK AKTIV ZU WERDEN?

Dann bist du bei uns genau richtig! Schreib' uns einfach auf Facebok oder per Mail.



DU HAST ANMERKUNGEN ODER KRITIK?

Meld dich bei uns: Ob nun im direkten Gespräch oder schriftlich. Über Verbesserungsvorschläge und Kritik (ob nun inhaltlich oder darstellungsmäßig) freuen wir uns!



DU HAST GUTE FRAGEN?

In unserer Zeitung haben wir die Rubrik "Gute Frage, gute Antwort". Falls dir schon immer mal eine Frage auf dem Herzen gebrannt hat, beispielsweise was eigentlich Bonapartismus ist, schick' sie uns einfach zu. By the way, auch über Berichte aus Schulen oder Fragen, was man dort eigentllich machen kann, freuen wir uns!



SPIESSER?!

Raus aus unseren Schulen!

Der Werbe-Etat der Bundeswehr ist ordentlich erhöht worden und nun sind viele U-Bahnhöfe oder andere Werbeflächen mit Plakaten zugepflastert. Daneben gibt's eine Werbe-Offensive an Schulen. Beispielsweise werden Jugendoffiziere an Schulen eingeladen und erzählen uns über die geilen Zukunftsperspektiven, die sich dort bieten. Mit Planspielen und kostenlosen IT-Camps, wo man dann mit Soldat_Innen Capture the Flag spielen kann, wird gelockt. Auf den ersten Blick erscheint das für Manche sogar als Zukunftsperspektive. Immerhin sieht der Ausbildungsmarkt nicht besonders prickelnd aus und das Studium muss man sich auch erstmal leisten können, geschweige denn 'nen guten NC zu haben. Der Bund lockt da mit 'nem ordentlichen Gehalt während des Grundwehrdienstes und erscheint daneben als „sichere" Zukunftsperspektive.

Aber nicht nur Jugendoffiziere werben: Mittlerweile fährt die Bundeswehr eine solche Marketingcampagne, dass sie mithilfe von Infoheften bis an die Schulen vordringen. Daneben gibt's dann noch die oftmals wenig beachtete Schüler_Innenzeitung „Spiesser". Diese wollen wir mal ein bisschen näher beleuchten. Denn in der Vergangenheit hatte diese regelmäßig Artikel, die beschrieben, wie junge Nachwuchsjournalist_Innen mal einen Tag beim Bund verbringen und den Mythos beseitigen, dass es bei der Bundeswehr anstrengend und hart ist. Zusätzlich konnte man bei Gewinnspielen dann Klassenfahrten oder Wandertage in Kasernen gewinnen.

Aber was ist der „Spiesser" eigentlich? Wenn man auf der Internetseite nachschaut, erscheint ein cool aufgestytes, für junges Publikum geschriebenes Magazin, dass sich auch mal mit anderen Themen auseinandersetzt. Geht man aber auf die Seite des Verlags, der hinter dem Magazin steht, tauchen auf der Seite Wörter wie "Bildungskommunikation" und "Schulmarketing" auf. Der Verlag, der für Jugendliche und angeblich nur von Jugendlichen ist, wirbt auf seiner Seite damit mehrere 1000 Schüler_Innen an Schulen zu erreichen und jede Werbung zielgerecht verpacken zu können. Sowas nennt man PPP: Private-Public-Partnership. Private Firmen oder Auftraggeber finanzieren Werbung für öffentliche Institutionen. Nicht nur für die Bundeswehr: auch für Konzerne wie RWE wirbt das Magazin, in der gleichen unterschwelligen Art und Weise.

DER "SPIESSER" HAT EINE AUFLAGE VON 400 000 EXEMPLAREN UND ERREICHT BUNDESWEIT ÜBER 650 000 SCHÜLER_INNEN

Uns wird also beigebracht, dass Schule „neutral" und frei von jeglicher Politik ist. Lehrer_Innen sollen ihre Meinungen nicht äußern, um die Schüler_Innen nicht zu beeinflussen, uns selber wird oftmals der Eindruck vermittelt, dass es außerhalb des Politikunterrichtes nicht erwünscht ist, sich in der Schule politisch zu betätigen. Aber ein Magazin, das sich durch Werbeanzeigen finanziert und dem Interesse des deutschen Kapitals dient, indem es Bundeswehr und Militarismus verherrlicht, darf ausliegen? Das ist anscheinend ok, wenn man nur genügend Geld hat. Wo ist denn unsere Möglichkeit, unsere Position als Schüler_Innen darzustellen und in großen Auflagen an Schulen zu verteilen? Die haben wir nicht so einfach, da wir uns nicht mal eben 'ne Druckerei oder Werbeanzeigen im Spiesser leisten können.

Und nun? Verfasst einen offenen Brief an eure Schüler_Innenvertretung und Mitschüler_Innen, in dem ihr euch mit dem Spiesser oder Bundeswehrwerbung an eurer Schule auseinandersetzt, nehmt es als Anlass zusammen aktiv zu werden und Forderungen in eure Schule reinzutragen! Schenkt dem Spiesser die Aufmerksamkeit, die er verdient und befördert das Magazin dort hin, wo's hingehört: In die Mülltonne! Schließlich ist die Bundeswehr keine Zukunftsperspektive. Man sorgt nicht mit Waffen in anderen Ländern für Sicherheit und Ordnung, man „schützt" auch keine deutsche Werten, sondern verteidigt die Interessen des deutschen Kapitals im Ausland, in Kriegseinsätzen sogar auf Leben und Tot.

WIR FORDERN:

- **Schluss mit der Werbung für's deutsche Kapital! Werbung und Bundeswehr raus aus den Schulen!**
- **Schluss mit der stetigen Aufrüstung! Für den Rückzug aller Truppen aus den besetzen Ländern! Kein Cent, kein Mensch dem deutschen Militarismus!**
- **Für den Aufbau einer Schüler_Innengewerkschaft, die unsere Position vertritt!**

Warum gibt es IMMER WIEDER Krieg?

FELIX RUGA UND LARS KELLER

Lange Zeit, gerade nach dem Ende des kalten Krieges, galt in Europa die vorherrschende Meinung, die EU sei eine Bastion der Freiheit und des Friedens. Wenn es Kriege gab, dann zumeist außerhalb Europas und falls doch mal etwas in Europa vorfiel, dann zumeist auf dem Balkan, aber der war damals ja in keinster Weise ein Teil der EU. Aber spätestens seit dem Konflikt in der Ukraine 2014 bekam dieses Bild der friedlichen EU doch beträchtliche Risse.

Dass die Bundeswehr nur zur Verteidigung Deutschlands da sei, ist spätestens seit dem Kosovo und Afghanistan-Einsatz ebenfalls nicht mehr zu glauben. Auftakt und Erprobung war 1999 der Kosovokrieg, bei dem man vorgab, auf Seiten der unterdrückten Kosovar_Innen die Menschenrechte mit Bombenangriffen zu verteidigen. Jedoch zeigen die Einigungsverhandlungen davor und die Kriegstaktik währenddessen nur zu klar, dass hierbei keineswegs für eine Befriedung der Region, sondern vielmehr für ein Herausdrängen Russlands aus Europa gekämpft wurde. Kurz darauf in 2001 kam es in Afghanistan zum bislang größten Kriegseinsatz der Bundeswehr. Diese hatte sich der US-Armee als Reaktion auf 9/11 im „Kampf gegen den Terrorismus“ angeschlossen und wollte das Land „demokratisieren“, was aber das Land mehr radikalisiert als vom Islamismus befreit hat. Afghanistan ist aufgrund der Massen an Bodenschätzen und wegen der geostrategischen Lage im Mittleren Osten sehr interessant für die besitzende Klasse.

Nun gibt es größere Einsätze der Bundeswehr in Mali (Uran), Irak (Öl) und am Horn von Afrika (Seehandel), aber auch noch in 10 weiteren Ländern im Nahen und Mittleren Osten und Afrika. Die Soldat_Innen sorgen dort weder für mehr Menschenwohl noch für eine Demokratisierung. Doch damit stellt sich die Frage, warum es überhaupt immer wieder Krieg gibt, wenn es nicht um Demokratisierung geht, wie uns so oft erzählt wird.

Das grundsätzliche Verhältnis zwischen den Akteuren im Kapitalismus ist die Konkurrenz. Jeder muss für sich selber schauen, wo er bleibt, und darum kämpfen, dass er nicht hinten runterfällt oder am besten sogar einen Platz an der Sonne bekommt. Dieser Kampf durchzieht die gesamte Gesellschaft. Somit stehen auch die Besitzer_Innen der Fabriken und des Kapitals, also die Kapitalist_Innen, miteinander in stetigem Kampf darum, wer die meisten Profite bekommt, um mit diesen neue Investitionen zu tätigen und somit zu wachsen und immer größere Teile der Wirtschaft in der eigenen Hand zu vereinen. Doch Profite zu machen, ist nicht so einfach in der heutigen Welt. In Deutschland wird bereits beinahe alles bewirtschaftet und der Bedarf an den meisten Sachen ist befriedigt, also muss man raus aus Deutschland und in andere Teile der Welt investieren, wo noch was zu holen ist. Und da sich alle Imperialist_Innen unter Konkurrenzdruck befinden, hat man unter Umständen auch gar keine andere Wahl, als diese Kriege um Wirtschaftswege (Westafrikanische Küste), Wirtschaftsräume (Mali) oder geostrategische Einflusssphären (Ukraine, Syrien, Afghanistan) zu führen, da man ansonsten von den Kapitalist_Innen in anderen Ländern bedroht wird oder vielleicht sogar abgehängt. Im Prinzip kann zusammengefasst werden, dass Politik die zugespitzte Form der ökonomischen Konkurrenz ist (wie beispielsweise durch Handelsabkommen oder Troika-Politik gezeigt) und dass Krieg die Fortführung dieser Politik mit anderen Mitteln ist.

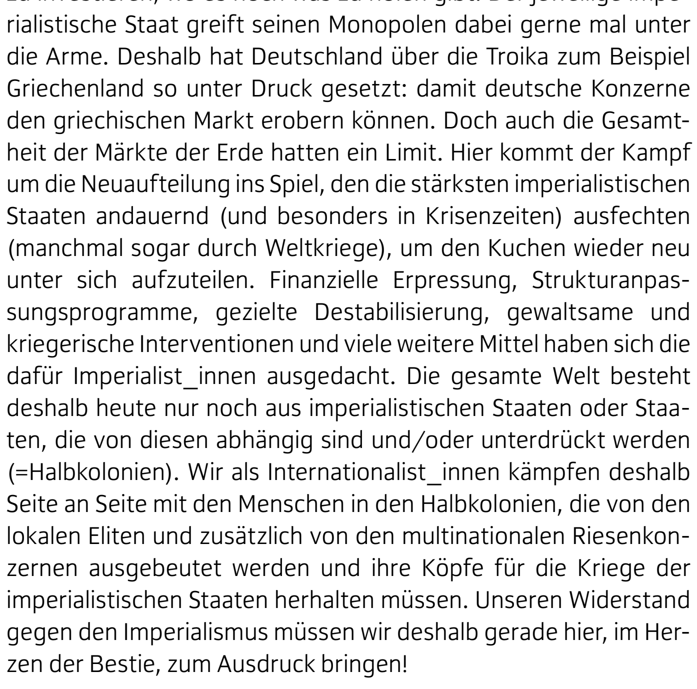
Die zugespitzte Form eines Krieges der Kapitalist_Innen ist ein Weltkrieg, wie ihn die Welt schon zweimal sah. Hierbei stehen sie Heere der Imperialist_Innen direkt gegenüber und kämpfen nicht mehr nur durch Stellvertreter wie aktuell in Syrien gegeneinander. Das Ziel ist hierbei in der sehr zugespitzten Konkurrenzsituation auf globaler Ebene einen Welthegemon zu schaffen. Das auf Konkurrenz basierende System zwingt die Mächte zum Kampfe gegeneinander, damit ein Teil dieser Mächte unterworfen wird und andere Mächte dadurch wachsen können.

Kriege zerstören unter Umständen nicht nur Konkurrent_Innen sondern auch Kapital in Form von Infrastruktur und Industrie und schaffen damit die Voraussetzung für neue Anlagemöglichkeiten für das Kapital. Der Aufschwung (das sogenannte „Wirtschaftswunder“) der 50er Jahre in Deutschland war in der Form nur möglich durch die völlige Zerstörung Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. Zusammengefasst: Wenn es um die Frage geht, ob man nun seinen Platz an der Sonne und seinen Reichtum verliert oder lieber alles auf eine Karte setzt und einen schweren Krieg mit unzähligen Toten und zerstörten Leben auf Seiten der Arbeiter_Innenklasse führt, trat bislang das eigene Klasseninteresse der Kapitalist_Innen immer allzu klar heraus und man entschied sich für den Krieg, weil das eigene Leben davon nicht wirklich bedroht ist. Die letzten 70 Jahre waren geprägt von der Dominanz der USA und der Westmächte, doch diese Dominanz ist in den letzten 15 Jahren stark ins Wanken geraten. Neue, sehr dynamische Volkswirtschaften wie China oder Indien streben auf und werden sich wahrscheinlich nicht ewig mit all den Besitzansprüchen der alten Herrscher_Innen zufrieden geben. Alte Blöcke wie die EU geraten in Krisen und neue, aggressive Imperialist_Innen wie Donald Trump kommen an die Macht. Russland zeigt sich nicht länger Willens, alte Einflusssphären aufzugeben, wie das aggressive Vorgehen in Syrien zeigte. Die aktuelle Periode ist geprägt von Instabilität und es wird wie schon vor 1914 immer schwerer für die Imperialist_Innen, die zugespitzte Konkurrenz an Verhandlungstischen zu lösen.

Wir können also sehen, dass es im Kapitalismus immer wieder zu Kriegen kommen wird und der Kampf gegen den Krieg unbedingt mit einer antikapitalistischen Perspektiven verbunden werden muss, um effektiv das Problem an der Wurzel zu packen und am Ende vollends die Forderung zu erfüllen: Krieg dem Krieg!

GUTE FRAGE, GUTE ANTWORT:

Was ist Imperialismus?



Viele Menschen sprechen heute von Imperialismus aber kaum jemand weiß, was damit eigentlich gemeint ist. Die wissenschaftliche Definition des Begriffes stammt ursprünglich von Lenin, der darunter das "höchste Stadium des Kapitalismus" verstand. Stellt euch mal vor der Kapitalismus wäre ein Apfel am Baum. Der wächst und wächst und ab dem Zeitpunkt, an dem er immer noch am Baum hängt aber schon überreif ist, ab dann wäre er der Imperialismus. Dass der Apfel verfault ist ein natürlicher Prozess und liegt in der Natur des Apfels, genauso wie es in der Natur des Kapitalismus liegt zum Imperialismus zu transformieren. Ein Grund warum der Kapitalismus heute zum Imperialismus zusammengefault ist, ist die Herausbildung von sogenannten Monopolen. Diese entstehen aus der "freien" Konkurrenz im Kapitalismus: Dadurch dass sich Unternehmen immer gegenseitig versuchen auszustechen bleiben am Ende nur noch einige Wenige in diesem Wettbewerb übrig. Das nennt man Monopolbildung und das führte dazu, dass sich nun in vielen Wirtschaftsbereichen (Auto-, Nahrungsmittelindustrie, Internet,...) wenige, multinationale Riesenkonzerne herausgebildet haben, die kleinere Unternehmen leicht vom Markt verdrängen und die Preise diktieren können. Die "freie" Konkurrenz ist also eigentlich dazu verdammt, sich selber abzuschaffen.

Eine weitere Folge davon hat Lenin den "Kampf um die Neuaufteilung der Welt" genannt. Das kommt daher, dass in den Ländern, in denen die Chef_innen der Monopolkonzerne sitzen, (=Imperialist_innen) der Kapitalismus sich bereits Alles unter den Nagel gerissen hat, der gesamte Markt also bereits aufgeteilt ist. Jedes Stückchen Land und jede Ressource hat eine_n Besitzer_in, jeglicher Bedarf an Waren ist gesättigt. Um zu wachsen, sind die hiesigen Kapitalist_Innen darauf angewiesen, ins Ausland zu investieren, wo es noch was zu holen gibt. Der jeweilige imperialistische Staat greift seinen Monopolen dabei gerne mal unter die Arme. Deshalb hat Deutschland über die Troika zum Beispiel Griechenland so unter Druck gesetzt: damit deutsche Konzerne den griechischen Markt erobern können. Doch auch die Gesamtheit der Märkte der Erde hatten ein Limit. Hier kommt der Kampf um die Neuaufteilung ins Spiel, den die stärksten imperialistischen Staaten andauernd (und besonders in Krisenzeiten) ausfechten (manchmal sogar durch Weltkriege), um den Kuchen wieder neu unter sich aufzuteilen. Finanzielle Erpressung, Strukturanpassungsprogramme, gezielte Destabilisierung, gewaltsame und kriegerische Interventionen und viele weitere Mittel haben sich die dafür Imperialist_innen ausgedacht. Die gesamte Welt besteht deshalb heute nur noch aus imperialistischen Staaten oder Staaten, die von diesen abhängig sind und/oder unterdrückt werden (=Halbkolonien). Wir als Internationalist_innen kämpfen deshalb Seite an Seite mit den Menschen in den Halbkolonien, die von den lokalen Eliten und zusätzlich von den multinationalen Riesenkonzernen ausgebeutet werden und ihre Köpfe für die Kriege der imperialistischen Staaten herhalten müssen. Unseren Widerstand gegen den Imperialismus müssen wir deshalb gerade hier, im Herzen der Bestie, zum Ausdruck bringen!



Wir sammeln Spenden für unseren Freund Pat, der im September verurteilt worden ist. Dann ist er plötzlich in Untersuchungshaft gesteckt worden und man hat ihm neue Sachen vorgeworfen. Wir wollen ihn in der Situation nicht allein lassen, dem Fall Öffentlichkeit geben und ihn gegen unnötige, staatliche Repression schützen!

INFOS ZU AKTUELLEN AKTIONEN UND WEITERE UNTERSTÜTZUNGSMÖGLICHKEITEN FINDEST DU UNTER:
freepat.blogsport.de

Wer trifft sich?

Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei, USA, EU-Staaten



Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank (WB), Finanzstabilitätsrat (FSB), Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit & Entwicklung (OECD), Welthandelsorganisation (WTO), Internationale Arbeitsorganisation (ILO), Vereinte Nationen (UN)



Spanien, Vorsitzende der Afrikanischen Union, NEPAD (New Partnership for Africa's Development), ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)

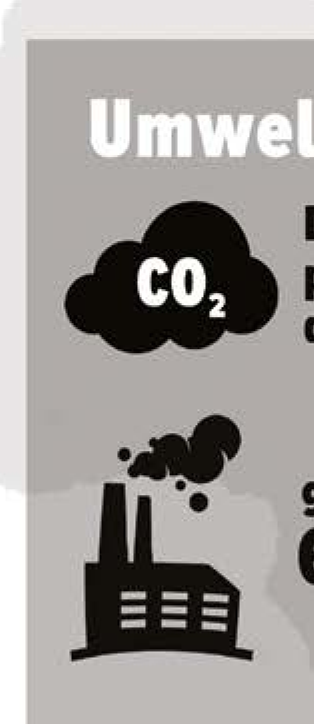


über **15 000** Polizist_Innen werden eingesetzt

Die “

Krieg

1,6



„Erfolge" der G20



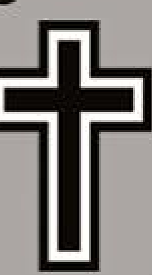
Jährliche Militärausgaben weltweit:

Billionen $

80% der Ausgaben gehen auf's Konto der G20

3.056.173 Tote

Allein in Syrien, Ukraine, Iran und Afghanistan. An jedem Krieg waren G20-Länder beteiligt.



tzerstörung

Die G20 produzieren **80%** der weltweiten Emissionen

90 Konzerne sind für knapp **60%** des CO2-Ausstoßes verantwortlich

Flucht



65 Millionen fliehen weltweit

USA, Deutschland, Japan, China Groß Britannien, Frankreich nehmen knapp **9%** der Geflüchteten weltweit auf

Jordanien, Libanon, Türkei, Südafrika, Pakistan & das besetzten Palästinas nehmen knapp **50%** auf

WAS MACHEN DIE G20?

UND WARUM SOLL ICH DAGEGEN PROTESTIEREN?

JAQUELINE KATHERINA SINGH

Jährlich verhungern 8,8 Millionen Menschen. 1,2 Milliarden Menschen haben nicht mehr als 1€ pro Tag zur Verfügung. Wenn wir die Umwelt weiter wie bisher zerstören, brauchen wir bis 2035 spätestens eine zweite Erde. Und das sind nur einige der Probleme, die wir hier haben.

Doch was hat das Ganze mit dem G20-Gipfel am 7. und 8. Juni in Hamburg zu tun? Ganz einfach: Dieser Gipfel ist die Spitze des Eisbergs. Die mächtigsten Staatsoberhäupter, unzählige Lobbyist_Innen und Institutionen wie der IWF kommen zusammen, reden über die Probleme der Welt und versuchen dabei, ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Unter der Wasseroberfläche ist aber der gigantische Klotz an Problemen, die sie mit ihrer Politik produzieren: Hunger, Umweltzerstörung, Krieg, Armut und Ausbeutung. Aber warum sollten wir Jugendliche gegen den G20 Gipfel protestieren? Weil wir diejenigen sind, die unter der aktuellen Politik und ihren Folgen leiden müssen!

DIE SITUATION IST ANGESPANNT...

Das Bild, was die G20-Teilnehmer_Innen in der Vergangenheit nach Außen getragen haben, ist am bröckeln. Ursprünglich entstand das Treffen aus der Not heraus: Die Weltwirtschaftskrise 2008/09 erforderte, dass vorher schon existierende Treffen der Finanzminister_Innen so umzuformen, dass sich stattdessen alle Staatsoberhäupter treffen.

Doch seitdem ist viel passiert: Mit dem Ukraine-Konflikt ist Russland aus den G8 Staaten geflogen, da der amerikanische Imperialismus klar aufzeigen wollte, dass der russische nicht ungestraft Anspruch auf die Ukraine erheben darf. Nach Sanktionen und einer weitern Auseinandersezung in Syrien ist Trump nun Präsident und droht offen anderen Ländern mit Krieg. Das sind nur einige Beispiele für die zunehmenden internationalen Spannungen, die das schöne Bild der Nationen, die "gemeinsam" versuchen, die Probleme der Welt zu lösen, ins Wanken geraten lässt.

ABER WARUM IST DAS EIGENTLICH SO?

Oben schon mal am Rande erwähnt, müssen wir, wenn wir diese Frage beantworten wollen, uns die Weltwirtschaftskrise 2008/09 ein bisschen genauer anschauen. Während das erste Jahr der Krise auch in Deutschland spürbar war, ist Heute nicht mehr so viel davon zu spüren. Das sieht das in anderen Ländern ganz anders aus.

Ein Beispiel, das besonders deutlich macht, dass so eine Krise existiert und zu Lasten der Bevölkerung geht, ist Griechenland. Die angeblichen „Rettungspakte" sind an Sparmaßnahmen geknüpft, die die Bevölkerung dort in massive Armut gestürzt haben. So sind aktuell immernoch knapp 50% der Jugendlichen arbeitslos und über 300 000 Angestellte verdienen im Monat gerade mal zwischen 100 und 400€. Und das, obwohl viele von ihnen in ihrer Stelle informell zu einer 40-Stunden Woche gezwungen werden!

Auch in anderen Ländern wie Spanien hat die Krise hart zugeschlagen. In Frankreich ein bisschen weniger, aber immernoch genug, um den französischen Imperialismus langfristig zu schwächen. Im Zuge dessen sind gerade im Bereich der Bildung massive Kürzungen gefahren worden. Zudem haben Jugendliche und auch Frauen massiv ihre Jobs verloren oder haben aufgrund der Ausweitung von Leih- und Zeitarbeit eine unsichere, schlecht bezahlte Zukunftperspektive aufgetischt bekommen. Aber mit der Krise sind nicht nur Angriffe auf uns einher gegangen. Sie hat auch dafür gesorgt, dass eine internationale Konkurrenz sich verschärft und daraus einige andere Dinge ins Rollen gekommen sind...

> IN GRIECHENLAND SIND AKTUELL IMMERNOCH KNAPP 50% DER JUGENDLICHEN ARBEITSLOS UND ÜBER 300 00 ANGESTELLTE VERDIENEN IM MONAT GERADE MAL ZWISCHEN 100 UND 400€.

INTERNATIONALER RECHTSRUCK

Ob Trump, LePen, Erdogan oder May: Überall auf der Welt sehen wir Rassist_Innen und rechte Populist_Innen im Auschwung oder an der Regierung. Nationaler Chauvinismus, sowie dumme Stereotype nehmen zu. Mit ihnen kommt auch der Ruf, die Grenzen zu schließen, massenhaft Menschen abzuschieben und Geflüchtete und Migrant_Innen zu Menschen zweiter Klasse herabzusetzen.

Warum? Verkürzt kann man sagen, dass insbesondere kleinere Firmen, also mittelständische Unternehmen, Angst haben, ihre Stellung zu verlieren. Die zunehmende Monopolisierung, aber halt auch die Auswirkungen der Krise befeuern ihre Angst, sozial abzusteigen und selber zu Arbeiter_Innen zu werden. Deswegen fangen sie an, herumzubrüllen: Protektionismus, Nationalchauvinismus, Standortborniertheit, das sind ihre Argumente, um sich zu schützen. Kurz gesagt: Sie wollen das Rad der Zeit aufhalten, um nicht ihren Reichtum zu verlieren; sich gegen die internationale, arbeitsteilige Struktur des Gesellschaftssystems stellen. Weil es zusätzlich im Großteil der Welt keine starke Linke gibt, die eine klare Kante gegen den Rassismus stellt und gleichzeitig Forderungen aufgreift, die die Situation von Arbeiter_Innen und Jugendlichen verbessern würde,

rutschen dann auch Teile dieser nach rechts. Dabei hat dieser Rechtsruck für uns Jugendliche ziemlich beschissene Folgen! Für Manche von uns bedeutet das, dass sie selbst oder ihre Freund_Innen in Kriegs- und Krisengebiete abgeschoben werden. Das Schließen der Grenzen bedeutet eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit für uns Alle.

Daneben bedeutet das Erstarken der Rechten auch eine physische Bedrohung für Menschen mit Migrationshintergrund, sowie Linke. Dass das nicht aus der Luft gegriffen ist, sehen wir, wenn wir einen Blick nach Polen werfen. Dort werden regelmäßig Linke von Faschist_Innen gejagt. Aber auch hier in Deutschland hat sich in den letzten zwei Jahren etwas verändert. Während die NDP noch in den 90ern für den Slogan "Kriminielle Ausländer abschieben!" verachtet wurde, ist das Heute gängige Praxis. Auch häufen sich rechte Straftaten und physische Angriffe. Brandanschläge auf Unterkünfte von Geflüchteten haben sich in den letzten 3 Jahren mehr als verdoppelt. Das wollen wir nicht hinnehmen! Bei den Gegenprotesten zu G20 kämpfen wir für offene Grenzen und Staatsbürger_Innenrechte für Alle! Wir kämpfen gegen das Erstarken der Rassist_Innen und Rechtspopulist_Innen und die Politik, die ihr entstehen überhaupt erst ermöglicht!

> WÄHREND DIE NDP NOCH IN DEN 90ERN FÜR DEN SLOGAN "KRIMINIELLE AUSLÄNDER ABSCHIEBEN!" VERACHTET WURDE, IST DAS HEUTE GÄNGIGE PRAXIS.

KAMPF UM DIE NEUAUFTEILUNG DER WELT

Aber das ist nicht Alles: Gleichzeitig zum Rassismus steigt auch die Militarisierung. Die aktuellen Schlagzeilen lassen bei uns ein mulmiges Gefühl entstehen, wenn wir die Zeitung aufschlagen oder uns die Nachrichten anhören. Ob nun der Krieg in Syrien, die Grabkämpfe zwischen China und den USA im Pazifik oder die Sanktionen gegen Russland. Weltweit scheint der Frieden zu bröckeln. Allein in den Konflikten in Afghanistan, dem Iran, der Ukraine und Syrien sind über 3 050 000 Menschen gestorben und einige dieser Konflikte fordern auch heute noch regelmäßig Tote. In jeder dieser Auseinandersetzungen waren übrigens mehrere G20-Staaten beteiligt und haben versucht, ihr eigenes Interesse durchzusetzen, wie beispielsweise die USA und Russland in Syrien und der Ukraine.

Nicht besser wird das Ganze dadurch, dass parallel die weltweiten Rüstungsausgaben steigen, Truppen verschoben werden und die Werbung für's Militär mehr und mehr in den Alltag rückt. Sei es nun in China, wo die Volksbefreiungsarmee mit Rapvideos für sich wirbt oder in Deutschland, wo die Bundeswehr zu kostenlosen IT-Camps mit Videospielen einlädt. Dies passiert wiederum kurz gesagt deswegen, weil die Möglichkeit, andere Länder auszubeuten, sich mehr und mehr erschöpft und der Verteilungskampf auf direkterer Ebene geführt wird.

Für uns bedeutet dass, dass wir zusehen müssen wie immer mehr und mehr Geld in die Waffenindustrie geblasen wird, während es an andere Stelle fehlt. Letztendlich bedeutet es auch, dass wir im Falle eines Krieges unser Leben für eine Politik, die wir nicht zu verantworten haben und Profite, die wir nie zu Gesicht bekommen, geben müssen.

Deswegen sagen wir: Krieg dem Krieg! Raus mit allen imperialistischen Truppen, stoppt die Waffenexporte! Kein Mensch, kein Cent dem Militarismus!

All diese Dinge zeigen uns, dass die Tagesordnung der G20 nichts als heiße Luft ist. Klar: Sie sprechen schon über die Umweltzerstörung, Gesundheit und die Frage, wie sie das Wirtschaftswachstum ankurbeln können. Aber dabei sind sie nicht an unserer Zukunft

GUTE FRAGE, GUTE ANTWORT:

Warum ist Deutschland nicht so stark von der Krise betroffen?

Zum Einen liegt das daran, dass ein größerer Angriff auf uns Arbeiter_Innen und Jugendliche bereits vor 2008/09 gefahren worden ist: die Agenda 2010. Einige von euch haben den Begriff vielleicht schonmal gehört in Verbindung mit HartzIV. Aber das war nicht das Einzige, was im Rahmen dieser Sparmaßnahme mit eingeführt worden ist. Auch die Zahl an Leih- und Zeitarbeit ist seitdem in die Höhe gestiegen. Zusätzlich wurde auch an sozialen Einrichtungen ordentlich gespart. In großen Städten müssen Jugendzentren und Freiräume Investoren weichen, damit diese mit überteuerten Lofts Geld verdienen können. Auf Döfern sieht's da nicht besser aus. Daneben sind die Reallöhne gesunken und haben damit die Auswirkungen der Kise für die Kapitalist_Innen abgefedert.

Zum Anderen ist aber auch klar zu sagen, dass der deutsche Imperialismus deutlich von der Krise profitiert hat. Während andere Länder in der Krise gesteckt haben und von der EU (unter dem Drängen von Deutschland) Spar- und Rettungspakete auflerlegt bekommen haben, haben sich deutsche Firmen an den Auswirkungen der Krise bereichert. Siehe dazu auch unseren Artikel "Was ist Imperialismus?" (S. 11)

interessiert, sondern an ihren Profiten! Wenn's nach denen geht, dann sind Krieg, Armut und Ausbeutung eine tolle Sache! Schließlich nützt ihnen das am meisten. Aber wie können wir eigentlich klar machen, was unsere Position ist?

WIDERSTAND JA – ABER WIE?

In der Vergangenheit appellierten NGO's wie Greenpeace, Oxfam oder Brot für die Welt, sowie Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien wie die SPD, sowie Teile der Linkspartei immer wieder an das Gewissen von G8 oder G20. Diese Appelle weckten die Illusion, dass die Welt innerhalb des Kapitalismus, gemeinsam mit den Herrschenden der G-Staaten, grundlegend zu verbessern wäre.

Die vergangenen Jahre haben aber gezeigt, dass unsere Rechte und Interessen nur gegen sie mit massivem Widerstand verteidigt werden konnten. Streiks, Demonstrationen und Besetzungen waren erfolgreiche Mittel. Mit netten Bitten, dass die Kapitalist_Innen mal eben auf ihren Gewinn verzichten oder mal einer energischen Rede auf einer Kundgebung, die im Nichts verhallt, haben wir nicht besonders viel Erfolg.

Uns muss klar sein: Die Vertreter_Innen der G20 repräsentieren das Interesse der 1% der Weltbevölkerung, die 80% des Reichtums besitzt. Die wollen nicht gemeinsam mit uns die Welt verbessern, die wollen sie und uns gegen unseren Willen ausrauben!

Was es braucht, das ist Druck. Druck durch massenhaftes, militantes und organisiertes Auftreten. Druck durch den Großteil der Bevölkerung. Aber das erreichen wir nicht einfach so. Für eine große Mobilisierung bedarf es Basiskomittees, die wir an den Orten aufbauen, an denen wir uns tagtäglich aufhalten müssen. Also der Schule, den Unis und Betrieben. Dort kann es dann Vollversammlungen, Veranstaltungen und Diskussionen über den G20-Gipfel geben, um eine breite Mobilisierung zu gewährleisten. Hierbei ist ebenfalls anzumerken, dass, auch wenn wir die Politik der obengenannten Organisationen nicht teilen, wir die Notwendigkeit im gemeinsamen Widerstand gegen die Folgen der Krise und ihre Verursacher_Innen sehen. Gerade aktuell, wo die Konkurrenz und Streitigkeiten unter den Herrschenden zunehmen, müssen wir gemeinsam mit der Arbeiter_Innenklasse und ihren Organisationen Einigkeit in der Aktion zeigen.

UND ÜBER DIE GEGENPROTESTE HINAUS?

Nach den G20-Gipfel-Protesten wird der Kapitalismus nicht gestürzt sein. Aber was muss man eigentlich dafür tun, dass das klappt? Unserer Meinung nach bedarf es einer Organisation mit einem revolutionären Programm, die bewusst in Bewegungen und aktuelle Kämpfe eingreift und eine Perspektive aufwirft. Dabei ist das Programm zwar in Schrift festgehalten, aber noch lange nicht in Stein gemeißelt! Jeder Mensch mit revolutionären Anspruch muss sich vornehmen, seine Politik in der Praxis zu überprüfen, sich weiterzuentwickeln und seine Fehler einzugestehen. Nur so kann man verhindern, dass man Politik macht, die nicht an der Realität vorbei geht.

Trotzdem ist es wichtig, eine gemeinsame Grundlage für die Arbeit miteinander zu haben und aus den Fehlern, die in der Vergangenheit gemacht wurden, zu lernen. Deswegen erachten wir ein Programm überhaupt als notwendig.

Aber das ist noch nicht Alles. Überall auf der Welt gibt es Jugendliche, die ihre Situation nicht einfach so hinnehmen wollen. Beispielsweise die Jugendlichen in Brasilien. Die haben im vergangenen Herbst mehr als 1000 Schulen und 100 Universitäten besetzt als Zeichen des Protests gegen eine geplante Bildungsreform, bei der unter anderem sämtliche gesellschaftswissenschaftliche Fächer gestrichen werden sollten. Die brasilianische Jugend ist aber nicht bei den Besetzungen stehen geblieben. Sie haben ihre Proteste an die „Fora-Temer"-Bewegung angeschlossen (heißt soviel wie „Gegen-Temer"). Temer ist der Präsident, der sich im vergangenen Jahr an die Regierung geputscht hat und versucht, die Sparpakete durchzusetzen. Diese Bewegung hat am 28. April einen Generalstreik gegen die Kürzungen getragen, bei der sich 40 Millionen Menschen beteiligt haben! Auch in anderen Ländern können wir sehen, wie Jugendliche für ihre Rechte kämpfen. Sei es nun in Spanien, Südafrika, Palästina oder Frankreich und der Türkei.

Was damit gesagt werden soll, ist Folgendes: Der Kapitalismus ist auf der ganzen Welt zu finden. Wenn wir ihn stürzen wollen, dann müssen wir uns ebenfalls international organisieren und die internationalen Kämpfe der Jugend zusammenführen, sowie gemeinsam Antwort auf die brennensten Fragen der Jugendlichen auf der ganzen Welt geben. Deswegen werfen wir von REVOLUTION die Forderung zur Gründung einer neuen Jugendinternationale auf, die genau das umsetzt.

WIR FORDERN:

- **Lasst die Reichen für ihre Krise zahlen! Keine Bankenrettungen, Subventionen für Unternehmen etc. auf Kosten der Jugend, der Arbeiter_Innenklasse und der einfachen Bevölkerung!**
- **Gegen Lohnkürzungen, Entlassungen und Werksschließungen – Für die Verstaatlichung von Betrieben, die solche Maßnahmen durchsetzen wollen unter Arbeiter_Innenkontrolle!**
- **Stoppt die Sparpakete, Schluss mit Sozialkahlschlag und Bildungsabbau! Stattdessen: Für ein Programm gesellschaftlich nützlicher Arbeiten, wie dem Ausbau des öffentlichen Nah -und Fernverkehrs und regenerativer Energien, sowie dem Bau neuer Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Freizeit- und Kultureinrichtungen! Bezahlt werden soll das aus dem Reichtum und den Profiten der Kapitalist_Innen!**
- **Stoppt die imperialistischen Kriegseinsätze, Schluss mit den Waffenexporten!**
- **Kampf dem Rassismus! Für offene Grenzen, Staatsbürger_Innenrechte für alle und Selbstverteidungskomittees von Arbeiter_Innen, Jugendlichen und Gefllüchteten!**
- **Schluss mit dem Ringen um Profite über Spekulationen – Verstaatlichung des Bankenwesens zu einer Zentralbank unter Arbeiter_innenkontrolle!**
- **Lasst uns für diese Forderungen und gegen die Angriffe des Kapitals und der G20 kämpfen – für Massenmobilisierungen von Gewerkschaften, Arbeiter_Innenparteien und Linken gegen die Krise, international! Für die internationale Koordination von Besetzungen und Generalstreiks! Für den Aufbau einer neuen Jugeninternationale!**



Macht Trump die ERDE kaputt?

FRIEDA ALESSANDROVA

Kurz nach seinem Amtsantritt unterschrieb Donald Trump ein Dekret, was die von Obama eingeleiteten Schritte zum Klimawandel rückgängig macht. Dabei geht es hauptsächlich um die Reduktion von Treibhausgas-Emissionen sowie den Abbau der Kohleindustrie und strengere Auflagen zum Fracking. Trump besiegelt damit abermals seine “America-First”-Politik, und stellt sich demonstrativ gegen die im Pariser Klimaabkommen erklärten Ziele zur Verringerung der Erderwärmung. Eine Abkehr vom Klimaabkommen sei noch nicht beschlossen, man berate aber darüber.

Trump war schon vor seiner Kandidatur zum US-Präsident, als er noch ein einfacher Immobilienhai war, ein bekannter Leugner des von Menschen verursachten Klimawandels. 2012 behauptete er online, der Klimawandel sei eine Erfindung “der Chinesen”, um die USA nicht mehr wettbewerbsfähig zu machen. Derselben Logik folgt nun auch seine Politik. Die Stärkung der heimischen Kohleindustrie diene dazu, den “einfachen Arbeitern” wieder eine Perspektive zu geben. Über die vermeintliche Arbeiter_Innenfreundlichkeit Trumps haben wir in dem Artikel "Wohin steuern die USA" (Revo-Zeitung 2017.01, S. 5-7) schon einmal geschrieben. Tl;dr: ist gar nicht so. Trumps Politik ist zutiefst arbeiter_Innenfeindlich. Dies zeigt sich beispielsweise in der von ihm geplanten Gesundheitsreform "TrumpCare". Durch diese sollen große Ersparnisse in der Gesundheitsversicherung möglich sein. Für wen? Für die Bundesregierung und Haushalte mit einem Einkommen von über 100 000 USD pro Jahr. Arbeiter_Innenhaushalte sparen nichts, werden jedoch noch zusätzlich zur Kasse gebeten. Fehlgeburten und das Überleben von sexueller Gewalt gilt dann als Vorbelastung und kann zur Einstufung in höhere Tarife führen.

Trumps Zugang zur Umweltpolitik zeigt sich sehr anschaulich in seinem Verhältnis zur Umweltschutzbehörde EPA. Bereits vor seinem Amtsantritt hat er angekündigt, Dutzende Projekte sowie 20 % der Stellen streichen zu wollen. In der Selbstdarstellung der Behörde wurde das Wort “wissenschaftlich” entfernt und ihre Aufgabe auf das einfache Prüfen der technischen Durchführbarkeit von Klimaschutzmaßnahmen reduziert.

FEST STEHT: ECHTER KLIMASCHUTZ IST INNERHALB DES KAPITALISMUS NICHT MÖGLICH!

Innerhalb des Kapitalismus ist immer das Profitinteresse maßgebend für die Politik, bei Trump ist dies jedoch krasser aus zwei Gründen. Erstens: Trump ist ein Bonaparte, er kommt und regiert direkt aus Kapitalist_Innenklasse, und gibt sich keine Mühe, das zu verdecken. Gleichzeitig macht er weißen Arbeiter_Innen verbale Zugeständnisse und versucht, sich darüber zu halten.



Zweitens: wenn es Hoffnung für die Erde geben soll, muss jetzt ein Umdenken und Handeln geschehen. Wir können uns keine weiteren Klimakatastrophen leisten. Wie dieses Umdenken aussehen soll, darauf kommen wir später zu sprechen.

Um die Erderwärmung signifikant reduzieren zu können, müssen bis zum Jahr 2050 die Schwergewichte in der Energiegewinnung, wie das Verbrennen von Öl und Braunkohle, zum Stillstand kommen. Zu der umstrittenen Methode zur Erdöl- und Erdgas-Förderung, dem Fracking, gibt es bislang wenig wissenschaftlich fundierte Studien über die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Dies wird sich auch in Zukunft nicht ändern, wenn den verantwortlichen Stellen weiterhin ihre Arbeit unmöglich gemacht wird. Dennoch sind in den USA gravierende Schäden festzustellen, wo Fracking eingesetzt wurde. Beim Fracking werden unter Hochdruck Sand und Chemikalien in Gestein geblasen, um das dort gelöste Erdgas freizusetzen und so förderbar zu machen. Dadurch steigt die Gefahr von Erdbeben in der Region und Luft und Wasser wird durch die Chemikalien extrem belastet.

Auch die Braunkohleindustrie leistet traditionell ihren Beitrag zur Verschmutzung unserer Erdatmosphäre. Der Kohleabbau ist ein sehr dreckiges Geschäft. Ganze Landstriche und das Grundwasser werden verwüstet und stillgelegte Braunkohletagewerke sind nur sehr aufwendig und zeitintensiv renaturierbar. Auch beim Verbrennen von Kohle entsteht sehr viel CO2, was in die Atmosphäre entlassen wird und die Ozonschicht angreift.

Obama wollte strengere Auflagen für diese Arten der Energiegewinnung erlassen., die jedoch ebenso an der unteren Grenze lagen von dem, was notwendig wäre, um einen deutlichen Einfluss auf die Klimaerwärmung zu haben. Trump nimmt diese Auflagen nun zurück und so werden den USA, dem zweitgrößten Klimasünder der Erde, doch keine Grenzen gesetzt.

Somit werden die Ziele der Pariser Klimakonferenz, die sowieso recht zurückhaltend formuliert waren, nicht mehr der wegweisende Durchbruch sein, als der sie vor einem Jahr noch gefeiert wurden.

Was sind unsere Alternativen? Wie würde die Problematik des Umweltschutzes von

revolutionär-marxistischer Perspektive analysiert werden? Fest steht: echter Klimaschutz innerhalb des Kapitalismus ist nicht möglich! Das Problem liegt in der Produktionsweise, die auf Überfluss basiert. Sie ist nicht bedarfsgerecht, sodass nur produziert wird, was gebraucht wird, sondern folgt dem Profitinteresse, was über dem Überleben des Planeten steht. Durch Absprache zwischen den Produzenten kann eine Überproduktion verhindert werden und der Abfall deutlich reduziert werden. Schließlich ist das Verbrennen von Müll sehr klimaschädlich und für viele Materialien wurde noch keine klimaschonende Entsorgung erfunden. Davon abgesehen, dass das Verbrennen viel schneller und damit profitabler geschieht.

Durch eine bedarfsgerechte Produktionsweise würde es viel kürzere Transportwege geben, da Lebensmittel wieder lokal produziert werden können. Außerdem kann eine ökologische Nutztierhaltung entstehen, in der Fleisch kein Massenprodukt ist und Wälder wieder aufgeforstet werden, weil sie nicht mehr für Weideflächen gebraucht werden.

Solche Absprachen sind natürlich nur möglich in einer Produktion unter Arbeiter_Innenkontrolle, durch die die Produzenten nicht miteinander im Wettbewerb stehen. Dann ist auch die Offenlegung der Geschäftsbücher der Firmen möglich. Damit kann ihre Produktionsweise überprüft werden und die Müllentsorgung im Besonderen. Auch der Emissionshandel würde nicht mehr funktionieren. Es sollte unmöglich gemacht werden, dass Firmen über Umwege mit Unterhändlern ihre Verbrechen verschleiern. Kurz gesagt: Wenn nicht mehr profitorientiert produziert wird, müssten fossile Brennstoffe nicht mehr ausgebeutet werden, die Ölindustrie wäre nicht mehr so unverzichtbar und die Forschung an erneuerbarer Energie könnte ausgebaut werden. Und wie schaffen wir das? Wir dürfen die Zukunft der Erde nicht in Klimakonferenzen und Gipfeltreffen wie G20 legen. Diese können niemals eine Perspektive für uns sein, und die Art, wie sich mächtige Männer und Frauen den Beschlüssen dieser Zusammenkünfte einfach widersetzen und daran vorbeiregieren können, zeigt, dass da keine Verpflichtungen dahinterstehen.

Wir müssen Umweltschutz konsequent mit Antikapitalismus verbinden, müssen als Revolutionär_Innen dafür kämpfen, die Konzerne zu enteignen und unter Arbeiter_Innenkontrolle zu stellen, damit wir nach unseren Bedürfnissen produzieren und nicht nach dem Profitinteresse Weniger!

MÜCADELEYE DEVAM

DER KAMPF GEHT WEITER!

DILARA LORIN

Die Türkei, tief gespalten, kurz vor einem noch massiveren Bürgerkrieg und wirtschaftlich total am Ende. Seit dem Referendum am 16.04.2017 ist klar: das Land unter Erdogan und seiner AKP entwickelt sich immer mehr zu einer bonapartistischen Diktatur. Erdogan hat mit dieser Abstimmung deutlich gemacht, dass er mit allen Mitteln versucht hat, seinen Traum vom Präsidialsystem wahr zu machen. Dass Erdogan nur mit 51,4% zu 48,77% „gewonnen“ hat, spielt für ihn keine Rolle. 70% der Bevölkerung wussten nicht genau, worüber sie bei diesem Referendum abstimmten, wie auch die OSZE kritisierte. Viele dachten, und so wurde es auch vom regierungsnahen Lager beworben, dass es eine Wahl für oder gegen Erdogan sei. Viele wurden bewusst getäuscht und wieder andere wurden mit Angst zurückgedrängt.

Schon vor dem Referendum lief ein Krieg gegen das Nein-Lager. Jeglicher Versuch dafür Werbung zu machen, wurde als terroristischer Akt beschrieben und verboten. Im Vorfeld wurden mehr als 150 kritische Nachrichtenkanäle geschlossen, mehr als 130 000 Beamte per Gesetzesdekret entlassen, über die Hälfte der pro-kurdischen und linken Abgeordneten in Untersuchungshaft genommen. Diese kann während des immer noch andauernden Ausnahmezustandes mehrere Jahre lang andauern. Im Osten der Türkei, wo mehrheitlich Minderheiten leben, stieg die Brutalität der Repressionen an. Während des Referendums gab es viele Auseinandersetzungen zwischen den Wähler_Innen und Sicherheitskräften. Desweiteren wurden OSZE Wahlbeauftragte in Diyarbakir an ihrer Arbeit gehindert und es tauchten nach der Wahl immer mehr Videos auf, in denen die Wahlbeobachter der AKP mehrere Stimmzettel zugleich mit JA abstempelten. Das sind nur Bruchteile der Dinge, welche an diesem Tag stattgefunden haben. Der größte Eklat ist jedoch, dass über 2 Millionen ungestempelte, also offiziell nicht von der hohen Wahlkommission zugelassene Stimmzettel auftauchen. Ausnahmslos alle stimmten für „Ja“ und das Gericht entschied, diese gelten zu lassen. Da die Differenz zwischen dem Sieg des „Ja“ und des „Nein“ jedoch unter 2 Millionen liegt, sind diese Stimmen der entscheidende Betrugsfaktor gewesen, über den praktisch sogar international hinweggesehen wird.

Dass die Wahl schon im Vorfeld stark beeinflusst war, sieht man an den brutalen Repressionen, die gegen jeglichen demokratischen Protest ausgeübt wurden. Bei den Kommunalwahlen 2014 gewann die kurdische Partei HDP 103 Gemeinden und Städte für sich. Bis heute wurde ein Großteil dieser demokratisch gewählten Bürgermeister_Innen abgesetzt, teilweise verhaftet, und durch regierungstreue Zwangsverwalter aus Ankara ersetzt. Viele Menschen waren sich bewusst, dass das Referendum keine legale Abstimmung

war und noch am selben Abend gingen in den Großstädten wie Istanbul, Izmir, Mersin und Ankara mehrere tausend Menschen auf die Straße, um gegen das Ergebnis des Referendums zu protestieren. Die Proteste gegen das Ergebnis hielten noch fast 2 Wochen lang an, doch hat es keine Welle von Aufständen verursacht, wie man es sich gewünscht hätte. Aber was ist falsch gelaufen?

Probleme der Proteste waren, dass sie nicht über die Forderungen der Neuauszählung der Stimmen, sowie der Nicht-Akzeptanz des Ergebnisses hinaus gegangen sind. Dabei bedarf es Forderungen, unter denen sich der Protest ausweiten kann und die Bewegung, welche nach den Wahlen entstand, bündelt. Das Regime von Erdogan muss klar abgelehnt werden und man darf keine Illusionen in Verfahren wie die Neuauszählung der Stimmen setzen. Als ob Gerichte und Polizei nicht von Erdogan kontrolliert werden würden oder es ihn überhaupt interessieren würde! Hier muss konkret die Machtfrage gestellt, beispielsweise in der Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung, die sowohl die Putschverfassung von 1982 wie auch die Verfassung Erdogans ablehnt.

In der aktuellen Situation ist die Linke und Arbeiter_Innenbewegung in der Türkei stark geschwächt und in einer Defensive. Aber auch wenn die HDP mit vielen Abgeordneten im Gefängnis kaum noch kontinuierliche Arbeit leisten kann, hat sie dennoch eine starke Auswirkung auf die kurdische und türkische Bevölkerung in der Türkei. Um sich zu wehren, bedarf es eines gemeinsamen Kampfes der linken Gewerkschaften und Organisationen, aber auch Geflüchteten. Die Organisierung der Menschen ist notwendig, um sie weiter zu bilden, und sie nicht in ihre vier Wände zurückzudrängen. Vor dem Referendum gab es bereits Versammlungen in den einzelnen Stadtteilen, die weitergeführt werden müssten. Gleichzeitig wird es immer notwendiger, Selbstverteidigungsstrukturen aufzubauen, da vor allem die AKP mit ihren paramilitärischen Strukturen prahlt. Es bedarf Selbstverteidigungsstrukturen von Arbeiter_Innen, Jugendlichen und Geflüchteten, die sich gegen Hausdurchsuchungen und Verschleppungen schützen und für die Versammlungsfreiheit eintreten!

UND IN DEUTSCHLAND?

> ERDOGAN MUSS KLAR ABGELEHNT WERDEN UND MAN DARF KEINE I LLUSIONEN IN DIE NEUAUSZÄHLUNG DER STIMMEN SETZEN.

Hier dürfen wir nicht stillschweigend zuschauen, wenn unsere Genoss_Innen in der Türkei die Gefängnisse füllen! Uns muss bewusst sein, dass der kurdische Befreiungskampf, aber auch der Kampf gegen Erdogan nichts ist, was man nur in der Türkei lösen kann. Wenn wir erfolgreich sein wollen, müssen wir auch hier aktiv sein, denn der Hauptfeind steht im eigenen Land. Monatelang hat die deutsche Regierung geschwiegen, als die Türkei dutzende kurdische Gebiete dem Erdboden gleich gemacht und die Bevölkerung terrorisiert hat. Sie hat geschwiegen, als die Ko-Vorsitzenden der HDP ins Gefängnis gesteckt wurden, sie hat geschwiegen als Versammlungsrechte und Pressefreiheit angegriffen wurden. Noch mehr als das: Sie setzt das Interesse Erdogans in Deutschland um! Dabei ist der Böhmermann-Skandal nur ein kleiner Nebenschauplatz. Denn seit Jahren wird die kurdische und türkische Linke in Deutschland kriminalisiert und verfolgt. Deswegen fordern wir: Weg mit dem dem Flaggenverbot, weg mit dem Verbot der PKK, weg mit 129a und b! Schluss mit wahllosen Hausdurchsuchungen unserer Genoss_Innen, keine Zwangsabschiebungen in die Türkei und Aufhebung des Flüchtlingsdeals zwischen der EU und der Türkei!

Konkret heißt das: Wo immer möglich versuchen wir es, unseren Genoss_Innen zu ermöglichen, die Fahnen ihrer Wahl zu tragen. Es bedarf aber auch die Verbindung von Kämpfen auf anderer Ebene:

Wir müssen Seite an Seite mit türkischen Linken und der Arbeiter_Innenklasse kämpfen und versuchen, den Keil zwischen der türkischen und kurdischen Linken zu entfernen.

Der Kampf gegen Unterdrückung ist International, was bedeutet: Solidarität statt Nationalismus und Sektierertum. Darum ist es wichtig, auf die Straße zu gehen, um gegen Merkel zu protestieren, die auch heute nicht den Flüchtlingsdeal mit einer Türkei gebrochen hat, die überlegt, die Todesstrafe einzuführen. Die Wirtschaftsdeals laufen fröhlich weiter, beispielsweise soll in der Türkei eine Panzerfabrik der Firma Rheinmetall gebaut werden. In Deutschland wächst durch solch eine Politik vor allem das rechte Lager an, aus dem chauvinistische Stimmen lauter werden, die fordern, dass alle Ja-Stimmenden in die Türkei zurück gebracht werden sollen. Unser Kampf darf aber nicht bei der Solidarität aufhören, er muss ebenso gegen den antimuslimischen Rassismus hier in Deutschland geführt werden, welcher den Rechtsruck verdeutlicht und begünstigt hat. Schließlich wirkt sich dieser auch auf die kurdische und türkische Linke aus und betrifft nicht nur Geflüchtete. Denn in dem rechten Klima ist es leichter für türkische und deutsche Rassist_Innen, sich zu verankern und uns anzugreifen! Außerdem wirkt es sich auf das gesamte Bewusstsein der Arbeiter_Innenklasse negativ aus.

Deswegen brauchen wir gemeinsame Aktionen und Demonstrationen mit der kurdischen, türkischen Linken, den Geflüchteten und der deutschen Arbeiter_Innenklasse, um mehr Druck gegenüber dem Merkel-Erdogan-Pakt aufzubauen. Wir sagen: Hoch die internationale Solidarität und für einen militanten gemeinsamen Widerstand in der Türkei, gegen den Bonaparten Erdogan, offene Grenzen für alle!

DER CSD – Buntes Treiben oder Kampftag für LGTBIA*-Rechte?

LEONIE SCHMIDT

Laute Technomusik, viele buntgeschminkte Menschen und über ihnen wehen Fahnen, meist im Spektrum des Regenbogens. Ebenso sieht man Wagen von Initiativen sowie Ländern und Konzernen. Alle zusammen feiern eine riesige Party der LGBTIA*-Rechte. Die Rede ist vom Christopher Street Day.

DER URSPRUNG

Häufig ist der Ursprung des CSD nur noch wenigen Demonstrationsteilnehmer_Innen wirklich bewusst. In den 1960er Jahren hatte es in New York immer wieder übermäßige Razzien in Bars für Trans- und Homosexuelle gegeben. Vor allem Afro- und Lateinamerikaner_Innen traf die Schikane der Polizist_Innen. So auch im Stonewall Inn, in der New Yorker Christopher Street, wo eine Polizeikontrolle durchgeführt wurde und auch Anwesende verhaftet worden sind. Doch zum ersten Mal in der Geschichte der LGBTIA*-Bewegung ließen sich die sexuell Unterdrückten die Prozedur nicht gefallen - dies ist als Stonewallaufstand in die Geschichte eingegangen. Vornehmlich afro- und lateinamerikanische Drags, Transmenschen und Homosexuelle wehrten sich. Sie konnten die Polizei vertreiben, aber dafür griff diese im Laufe der Nacht einige Drags und Transmenschen auf und misshandelten sie. Daraufhin kam es in den nächsten Tagen zu größeren Demonstrationen und kämpferischen Auseinandersetzungen rund um das Stonewell Inn.

Der CSD wurde als eine Art Gedenktag angesetzt und wird heutzutage hauptsächlich als „Gay Pride" begangen. Dabei geht es vor allem darum, die eigene sexuelle und geschlechtliche Identität nach außen zu tragen. Das an sich soll hier nicht kritisiert werden. Was aber scheinheilig ist, ist dass auch Parteien und Konzerne mitlaufen, obwohl ihre Politik oftmals zu Ungunsten der LGBTIA*-Community ist und gleichzeitig eine Entpolitisierung des Protestes stattfindet. Zudem ist die Ignoranz der Demonstrationsteilnehmer_Innen gegenüber der weitreichenderen sexuellen Unterdrückung anzumerken. Denn diese ist nicht nur im Alltag vorhanden, wie oft von Redner_Innen auf dem CSD beschrieben wird (wenngleich diese natürlich auch äußerst unangenehm und zu bekämpfen ist), sondern hauptsächlich strukturell angesiedelt.

> DURCH DIE NOTWENDIGKEIT DER BÜRGERLICHEN FAMILIE IM KAPITALISTISCHEN SYSTEM WIRD AUCH DIESE IMMER DIE NORM BLEIBEN UND BESONDERS GESCHÜTZT WERDEN

DIE SITUATION HEUTZUTAGE

Auch Deutschland ist nicht so offen gegenüber einem Leben fernab der heterosexuellen Norm wie es gerne vorgibt zu sein. So ist es zu bemängeln, dass mensch im Aufklärungsunterricht in der Schule nie wirklich etwas über queeren Sex hört oder gar erklärt bekommt, wie beispielsweise Safer Sex aussieht, wenn man sich nicht vor Schwangerschaften schützen muss und auch kein Kondom zum Einsatz kommen kann. In vielen Ländern sind LGBTIA*s auch staatlichen Gewalttaten ausgesetzt, unter anderem in Russland, wo in den letzten Jahren eine regelrechte Hetzjagd auf Homosexuelle durchgeführt wurde. Zurzeit werden besonders in Tschetschenien, vom dortigen Ministerpräsidenten Kadyrow unterstützt, Schwule verschleppt, misshandelt und letztendlich in Lagern ermordet. Auch in den USA geht es für LGBTIA*s nicht gerade lustig zu: alleine im Jahr 2017 gab es bisher 9 Morde, vornehmlich an Trans*Frauen of Color.

Gleichzeitig werden aber auch Länder glorifiziert, bei denen es angeblich ganz fortschrittliche und tolle Rechte für sexuell Unterdrückte gibt. In Teilen der deutschen Linken und der liberalen LGBTIA* Bewegung ist es nämlich nichts ungewöhnliches, wenn Israel für sein tolles Engagement im queeren Bereich verehrt wird. Pinkwashing nennt sich das. Es soll aufzeigen, wie modern und progressiv ein Staat ist und wie im Fall Israels davon ablenken, dass gleichzeitig die Menschenrechte der Palästinenser_Innen, und seien sie noch so queer, mit Füßen getreten werden und soll außerdem die queeren Menschen von anderen, ebenfalls unterdrückten Gruppen isolieren. Auch wird der direkte Vergleich zu angeblich barbarischen und homophoben Gruppen gezogen, um diese weiterhin zu unterdrücken. Somit kann eben zum Beispiel die israelische Regierung ihren Kolonialismus vorantreiben und die Islamophobie propagandistisch ausnutzen. Sicher, in der arabischen Welt gibt es immer noch Homophobie, aber genauso ist es überall auf der ganzen Welt, weil es leider nach wie vor ein universelles Problem ist. Pinkwashing ist und bleibt also ein Instrument zur Spaltung.

Für uns ist klar, dass es im Kapitalismus nicht möglich sein wird, sich von sexueller Unterdrückung, genau wie von Sexismus, zu befreien. Durch die Notwendigkeit der bürgerlichen Familie (Mutter, Vater, Kinder) im

kapitalistischen System wird auch diese immer die Norm bleiben und besonders geschützt werden, während LGBTIA*-Familien oder Beziehungen immer als unnatürlich bezeichnet werden. Erst auf dem Weg zum Kommunismus über den Sozialismus kann sich dieser gesellschaftliche Widerspruch auflösen.

WAS TUN?

Aufgrund der strukturellen Unterdrückung von LGBTIA*s ist es aber gerade wichtig, dagegen anzukämpfen und auf dem CSD nicht nur zu feiern, dass man „anders" ist. Es reicht eben nicht aus, ein paar Regenbogenfahnen zu schwingen und durch die Straßen zu tanzen. Nein, für die Rechte der LGBTIA*s muss aktiv und zur Not auch militant eingetreten werden. Auch und besonders von Seiten der heteronormativen Gesellschaft. Der CSD muss wieder kämpferisch werden! Trotzdem muss der Kampf gegen sexuelle Unterdrückung als ein täglicher Kampf angesehen werden, der nicht nur einmal jährlich, sondern bei allen politischen Fragen egal ob Flucht, Armut oder Bildung geführt werden muss. Gleichzeitig kann auch dieser Kampf nur gewonnen werden, wenn er eingebettet ist in den gemeinsamen Kampf aller Unterdrückten weltweit.

WIR FORDERN:

- **Volle Legalisierung von LGTBIA weltweit und gleiche Rechte in ihren Beziehungen (finanzielle Gleichstellung, Adoptionsrecht)!**
- **Dass im Aufklärungsunterricht der LGTBIA-Beziehungen und Heterosexualität gleichwertig darstellt und gleich ausführlich behandelt wird!**
- **Selbstverteidigungskomitees für LGTBIAs gegen Übergriffe und das Caucusrecht in der Arbeiter_Innenbewegung!**

LGBTIA-Diskriminierung in Europa

1/4 aller Befragten wurden in den vergangenen fünf Jahren körperlich angegriffen oder bedroht.

Für 2/3 der Befragten war das ein Grund, sich während der Schulzeit nicht zu outen.

91% gaben an, dass Mitschüler_Innen schlecht behandelt wurden, weil sie als schwul oder lesbisch galten.

Erst am 17.05.1990 beschloss die Weltgesundheitsorganisation, Homosexualität von der Liste der Krankheiten zu streichen.

Forts. v. S. 24

dass der Staat auf dem rechten Auge blind ist und zu wessen Gunsten sich die herrschende Klasse positioniert. Rassismus, um die Klasse zu spalten, ist ihnen selbstverständlich lieber als ein Angriff auf die herrschende Klasse selbst. Linke wurden seit jeher mehr als Gefahr angesehen und im Vergleich zu Rechten viel öfter Opfer staatlicher Repression. Gleichzeitig zeigt diese Entwicklung aber auch, dass innerhalb der bürgerlichen Klassenjustiz keine Gerechtigkeit herrscht und nie herrschen kann. Fest steht: Gemeint sind wir alle!

Bei den Protesten gegen G20 dürfen wir davon ausgehen, dass uns viel Repression erwartet, unter anderem weil bereits Monate im Voraus ein Freiluftgefängnis errichtet wurde und die Polizei mehr Rechte bekommen hat. Beispielsweise kann der kleinste Schubser gegen Polizeibeamte schon zu einem Freiheitsentzug führen. Auch wenn die Frage der Repression und vor allem der politischen Gefangenen zurzeit global gesehen ein wichtiges Thema ist, welches uns auch die nächsten Jahre begleiten wird, darf dies unsere Kampfkraft nicht hemmen. Unsere Antwort auf ihre Repression muss daher heißen: Massenhaft, militant, organisiert unsere Forderungen auf die Straße bringen!

DAHER FORDERN WIR:

- **Von Leipzig über Ankara bis nach Gurugram Freiheit für alle politischen Gefangenen!**
- **Zerschlagt Staat und Kapital! Lasst uns damit am 7. und 8. Juli in Hamburg beginnen!**

REVO VOR ORT



HESSEN: ANTI AFD KUNDGEBUNG IN KASSEL

Wieder gab es am 26. April eine AfD Veranstaltung im Scheidemann-Haus und wieder haben sich viele vor allem junge Leute dagegen gestellt. Aufgerufen wurde zur Gegenkundgebung vom AstA und anderen linken Gruppen. Es gab lautstarke Parolen und viele politische Reden gegen Rassismus und Neoliberalismus und für ein Bleiberecht für alle! Wir haben die Chance außerdem genutzt, um zusammen mit der SDAJ für unsere Anti-G20 Kampagne zu werben. Ein kurzes Video dazu findet ihr übrigens auf unserer Facebookseite!

BERLIN: 1. MAI-DEMONSTRATION



Am 1. Mai in Berlin haben wir uns an vielen unterschiedlichen Aktionen, wie der DGB- oder 13Uhr-Demo beteiligt. Unseren Hauptfokus haben wir aber auf die 16Uhr-Demonstration am Lausitzer Platz gelegt, die vom Internationalistischen Block organisiert wurde. Im Vorfeld dazu haben wir plakatiert, an Schulen geflyert und Banner gedropt. Insgesamt waren 3000 Leute anwesend, die im Zeichen der internationalen Solidarität und mit Bezug zum kurdischen und palästinensischen Befreiungskampf auf die Straße gegangen sind. Danach sind wir mit einem kämpferischen Block zur 18 Uhr Demo weitergezogen, an der sich mehr als 10.000 Menschen beteiligten.

NRW: ERFOLGREICHE PROTESTE GEGEN AFD-PARTEITAG IN KÖLN

Am 22.und 23.4. fand in Köln der Bundesparteitag der AfD statt. Schon Wochen zuvor mobilisierte das antifaschistische Bündnis Köln gegen Rechts gegen das Treffen der Rechten im Hotel Maritim mit dem Ziel, durch Massenblockaden die Anreise der Delegierten zu verhindern. Parallel zu diesem Bündnis existiert auch das von SPD, Gewerkschaften, Grüne, CDU, Kirchen und weiteren, „Köln stellt sich quer“. Dies beschränkte seine Aktionen auf das altbekannte Spielchen von Kundgebung mit Reden von Politiker_Innen und Abwesenheit während der Blockaden. Gerade die SPD will als Regierungspartei in NRW einerseits als Law and Order Partei auftreten, andererseits auch Engagement gegen Rechts zeigen.

Früh morgens sammelten sich ca. 3000 Gegendemonstrant_Innen an verschiedenen Punkten in der Innenstadt zum Sternmarsch Richtung Heumarkt/ Hotel Maritim. An vielen Stellen gelang es, die Polizeiketten zu durchfließen oder zu durchbrechen und nach kurzer Zeit war um 8 Uhr schon klar: Alle Blockaden stehen, alle Zugänge zum Maritim sind besetzt. Die Polizei, die im Vorfeld schon auf verbale Eskalation setzte und ankündigte, keinerlei Blockaden zu dulden, zeigte sich kraftloser als erwartet und wirkte überfordert und überrascht von der Entschlossenheit der Proteste. Einzelne AfD-Mitglieder wurden von der Polizei mit Gewalt durch Blockaden hindurch ins Maritim geschleust und am Malzbüchel kam es zu einigen Angriffen auf die Blockade. Insgesamt zeigte Polizeipräsident Mathies sich allerdings zum Wahljahr passend eher zurückhaltend, nachdem er im Vorfeld Anwohner_Innen vor linken Gewalttätern warnte. Nach den Blockaden gab es eine große Demonstration von Köln gegen Rechts, die ca. 10.000 Teilnehmer_Innen anzog. Durch die Blockaden am Morgen konnte der Start des Parteitages massiv behindert werden. Tausende zeigten, dass in Köln die AfD nicht erwünscht ist.



Eigentumsvorbehalt: Dieses Magazin ist so lange EIgentum des Absenders, bis es dem Gefangenen persönlich ausgeliefert worden ist. "Zur Habenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Druckschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund des Nichtaushändigens zurückzusenden.

Gegen jede Form von staatlicher Repression:

Egal, ob in Deutschland, der Türkei oder Indien!

RESA LUDIVIN

Ob durch Namen wie Mumia Abu Jamal, Abdullah Öcalan oder durch den Fall Deniz Yücel sind sie uns im Bewusstsein: politische Gefangene. Die Zahl politischer Gefangener ist in der letzten Zeit enorm angestiegen. Allein in der Türkei wurden seit Juli 2016 über 40.000 Menschen festgenommen

Der bürgerliche Staat spielt sein Gewaltmonopol offener aus. Am offensichtlichsten wird das wahrscheinlich, wenn wir uns die Politik Erdogans ansehen: Ausgangssperren, inhaftierte Kritiker_Innen und Intellektuelle sowie das Verbot diverser Oppositionszeitungen. Die Türkei hat im letzten Jahr einen Prozess durchgemacht, der in anderen Ländern versteckter vorangetrieben wird, aber trotzdem klar erkennbar ist. So bedient sich nicht nur die Türkei dem Terrorismusvorwurf als Grund, unliebsame Bürger_Innen hinter Gitter zu bringen. Auch in Ägypten wurden vor einigen Jahren unter dem Vorwurf, sie stünden der Muslimbruderschaft nahe, mehrere Journalist_Innen verhaftet. Auch Deutschland hat sich auf diese Phrase eingelassen, indem die Symbole des kurdischen Befreiungskampfes unter Berufung auf den §129b erst kürzlich verboten wurden.

Wir erleben zunehmend Staatsstreiche, das Aufkommen autoritärer und bonapartistischer Regime sowie einen weltweit spürbaren politischen und gesellschaftlichen Rechtsruck. Seit der historischen Krise des Kapitalismus von 2008 haben sich immer mehr autoritäre Staaten etablieren können. Ein Grund dafür ist, dass auch Teile der Bevölkerung sich mehr Stabilität durch starke Führungspersonen erhoffen. In den USA waren es vor allem die Verliere_Innen der Globalisierung und wirtschaftlich Abgehängte, die auf Trumps Versprechen für neue Jobs angesprungen sind. Andererseits besteht die Notwendigkeit für den bürgerlichen Staat im sich zuspitzenden Konkurrenzkampf, alles dafür zu tun, um wettbewerbsfähig zu bleiben. (Mehr dazu erfahrt ihr in dem Artikel „Was ist Imperialismus".)

So bedienen sich auch Staaten im Herzen Europas gerne autoritärer Maßnahmen. Zum Beispiel herrscht in Frankreich nach dem Anschlag immer noch Ausnahmezustand. Das Ausrufen eines Ausnahmezustands bedeutet stets mehr Macht für den jeweiligen Staat und die Einschränkung essentieller demokratischer Rechte wie das Versammlungsrecht. Der Anschlag in Frankreich, der hierfür als Vorwand genommen wird, ist bereits 2 Jahre her und trotzdem wird der Ausnahmezustand immer wieder verlängert. Gerade die Protestbewegung letztes Jahr hat dies zu spüren bekommen, da ihre Forderungen in den Augen des Staates ein Angriff auf die Behauptung des französischen Imperialismus im globalen Kontext war. Alle wollen vorne mitspielen, da sind progressive Aktivist_Innen jeglicher Art eine Gefahr und müssen bekämpft werden. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Verhängung einer lebenslangen Strafe für 13 Gewerkschafter_Innen in Indien für ihren Beitrag im Arbeitskampf.

FREE ALL POLITICAL PRISONERS

LAGE IN DEUTSCHLAND

Deutschland ist ebenso wenig frei von dieser Entwicklung. Hierzulande zeigen sich die autoritären Maßnahmen unter anderem im Ausbau der Rechte von Polizei und der Bundeswehr im Inneren.

Auch die gesellschaftliche Lage spitzt sich zu. Insgesamt wurden 2016 laut staatlicher Statistik 12 503 Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund verübt, davon 914 Gewalttaten mit 692 Verletzten. Die Dunkelziffer dürfte weit höher sein. Die Schüsse auf das Büro einer LINKEN-Abgeordneten in Sachsen Ende März jedoch hat wenig medialen Aufschrei hervorgebracht, im Vergleich zu Aktionen aus der linken Szene wie den Kampf um die Rigaer Straße letzten Sommer. Hier zeigt sich,

weiter auf S. 21